

A86-5006

### **Titelbild und Rückseite**

1. Mai 1946

Nach 14 Jahren findet in Duisburg wieder eine Mai-Kundgebung in Freiheit statt. Allein südlich der Ruhr sammeln sich an 11 meist betrieblichen Treffpunkten über 20.000 Arbeitnehmer, die in 7 Demonstrationenzügen zum König-Heinrich-Platz vor das Stadttheater ziehen. Hauptredner ist der bedeutendste Duisburger Gewerkschafter der Nachkriegszeit Gustav Sander (Rückseite.)

Das Titelbild zeigt die vordersten Reihen des überfüllten König-Heinrich-Platzes während der Abschlußkundgebung.

Herausgeber:

Verantwortlich für den Inhalt:

Verantwortlich für den Text:

Konzeption:

Redaktion:

Gestaltung:

Leihgabe der Titelbilder:

Druck:

DGB-Kreis Duisburg  
IG Metall Verwaltungsstelle Duisburg  
Günter Schluckebler, Vorsitzender  
Reinhard Bullitz, 1. Bevollmächtigter  
Heinz Thüer  
Jürgen Dzudzek  
Jürgen Dzudzek/Herbert Schmidt  
Jürgen Dzudzek/Heinz Thüer  
Bruno Bachler  
K.H. Hagenbuck, Duisburg  
April 1985, 1. Auflage 1.000

Von der

# **Einheitsgewerkschaft**

Deutsche Arbeitnehmer Groß-Duisburg

zum

# **Deutschen Gewerkschaftsbund**

Ortsausschuß Duisburg

Der gewerkschaftliche Wiederaufbau in Duisburg 1945—1947

von

**Heinz Thüer**

Herausgegeben zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1985  
Durch den DGB-Kreis Duisburg und die IG Metall Verwaltungsstelle Duisburg

## VORBEMERKUNG DES HERAUSGEBERS

Der vorliegende Text geht zurück auf die sozialwissenschaftliche Diplomarbeit "Die Neugründung der Gewerkschaften in Duisburg. Aufbau und Entwicklung zwischen 1945 - 1949. (Eine Quellenstudie unter Hinzunahme selbstermittelter Arbeitererlebenserinnerungen.)", die Heinz Thüer (GEN) im April 1981 an der Gesamthochschule Duisburg mit Erfolg einreichte. Die Idee zu dieser Arbeit entsprang 1979 Diskussionen im Rahmen des Projektes "Der Duisburger Hafen als Arbeitsplatz und Lebensraum" innerhalb des örtlichen DGB-Hochschularbeitskreises.

Von gewerkschaftlicher Seite konnten wir erfreut feststellen, daß sich die Diplomarbeit von Heinz Thüer durch eine für wissenschaftliche Prüfungsarbeiten seltene Arbeitnehmerorientierung auszeichnete, was auch in seinen sprachlichen Formulierungen zum Ausdruck kam. Insofern erschien sie uns grundsätzlich für eine gewerkschaftliche Veröffentlichung geeignet.

Unser Interesse an der Arbeit erstreckte sich ausschließlich auf die Darstellung des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus in Duisburg. Zur Realisierung dieses Zwecks war noch eine erhebliche Umarbeitung der Diplomarbeit erforderlich, die wir gemeinsam ab 1982 durchführten. Dabei legten wir den Schwerpunkt auf die Darstellung des Wiederaufbaus der Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaft und auf die Herausbildung des DGB als gemeinsame Dachorganisation der Industriegewerkschaften in Duisburg und versuchten, die Darstellung durch dokumentarisches Material zu ergänzen. Bei der Abschrift von Dokumenten wurden zur Erreichung einer besseren Lesbarkeit offensichtliche und störende Schreibfehler korrigiert. Auch die Entstehung der Einzelgewerkschaften wurde kurz berücksichtigt. Die vorliegende Darstellung kann jedoch keinesfalls beanspruchen, auch die Neugründung und die frühe Entwicklung aller Einzelgewerkschaften in Duisburg hinreichend abzuhandeln, vielmehr fordert sie einzelgewerkschaftliche Untersuchungen über den Wiederaufbau in der Nachkriegszeit geradezu heraus und regt dazu an.

Wir denken, daß die hier vorgelegte Untersuchung einen weiteren bedeutenden Abschnitt der Duisburger Gewerkschaftsgeschichte erhellt. Nach den einzelgewerkschaftlichen Darstellungen über die Duisburger Geschichte der IG Druck und Papier (1927, 1947 und 1967), der HBV (1983), der Anfänge des DMV (1985) und in Kürze der IG Metall ist diese Darstellung des Wiederaufbaus der Gewerkschaften nach dem Ende der faschistischen Herrschaft der 2. Baustein in der Gesamtdarstellung der Geschichte der Duisburger Gewerkschaften. Vor nunmehr 2 Jahren konnten wir bereits eine genaue Untersuchung über die blutige Zerschlagung der Duisburger Gewerkschaften am 2. Mai 1933 vorlegen. Nun hoffen wir, daß das noch fehlende Zwischenstück über die Verfolgung und den Widerstand Duisburger Gewerkschafter in absehbarer Zeit noch ergänzt werden kann und noch viele einzelgewerkschaftliche wie Gesamtdarstellungen folgen werden.

Aus der Geschichte zu lernen ist eine der wesentlichsten Aufgaben für Gewerkschafter!

Jürgen Dzudzek  
IG Metall  
Vst. Duisburg

## Vorwort

Der Einmarsch amerikanischer Truppen bedeutete für die in Duisburg verbliebenen Gewerkschafter das langersehnte Ende eines schrecklichen Krieges und die Befreiung von den Verfolgungen und Unterdrückungen durch die faschistische Herrschaft.

12 Jahre lang waren Gewerkschaften verboten, wurden Gewerkschafter gedemütigt, verfolgt, geschunden und ermordet. Verfolgungen, Demütigungen, Entbehrungen und die Schrecken des Krieges haben vielen Gewerkschaftern nicht die Kraft rauben können, sobald wie möglich für den Wiederaufbau ihrer und unserer Gewerkschaft einzutreten.

Als in Duisburg noch geschossen wurde, trafen sich bereits in mehreren Ortsteilen Männer und Frauen, um den gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und demokratischen Neuaufbau zu beraten. Der ungeheuer schwierige Neuanfang unter Entbehrungen und Hunger war beseelt von dem innigen Wunsch: **"Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!"** Dieser Wunsch war für Gewerkschafter damals noch wichtiger als Wohnung und Brot.

**Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!** sind auch heutzutage im Rückblick auf die Jahre der faschistischen Herrschaft und des 2. Weltkrieges unsere obersten Ziele.

Wenn wir erst nach 40 Jahren die Zeit des Neuaufbaus der Gewerkschaften dokumentieren, so lag das weniger am guten Willen als an den Verhältnissen selbst. Gustav Sander schrieb schon Anfang 1947 über die beiden zurückliegenden Jahre: "Es wäre unbedingt notwendig gewesen, den Neuaufbau der Gewerkschaften nach 1945 ausführlich den Kollegen in einer Broschüre zur Kenntnis zu bringen. Leider gestatteten es die damaligen Verhältnisse nicht, das hierzu notwendige Material zu sammeln, weil nicht vergessen werden darf, daß bis Februar 1946 der Aufbau der jetzigen Gewerkschaften unter großen Hemmungen vorgenommen werden mußte. Auch die Beschaffung von Papier usw. war derart ungünstig, daß es kaum möglich war, das geschichtliche Material zu sammeln."

Aus Anlaß des 8. Mai 1985 wollen der DGB-Kreis Duisburg und die IG Metall Verwaltungsstelle Duisburg eine erste umfassende Darstellung und Materialiensammlung ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit vorstellen. Wir haben dies selbst in die Hand genommen, weil wir von der Unternehmerschaft eine Geschichtsbetrachtung, die die Gewerkschaften miteinbezieht nicht erwarten können.

*Günter Schluckebier*

Vorsitzender  
DGB-Kreis Duisburg

*Reinhard Bulitz*

1. Bevollmächtigter  
IG Metall Vst. Duisburg

*Herbert Schmidt*

Geschäftsführer  
DGB-Kreis Duisburg

# INHALTSVERZEICHNIS

## A. T. E. X. T

	Seite
EINLEITUNG	1
I. DAS ENDE DES KRIEGES IN DUISBURG UND DIE POLITISCHE SITUATION	7
1. Das Ausmaß der Kriegszerstörungen und die soziale Lage	7
2. Lokale Verwaltung - Bürgertum - Unternehmermacht	9
3. Die Arbeiterparteien und der Versuch der politischen Einheit	11
4. Die Direktiven der Besatzungsmacht zum Aufbau einer Gewerkschaft	13
II. DIE NEUGRÜNDUNG EINER DUISBURGER GEWERKSCHAFT	18
1. Antifaschistische Ausschüsse und die "Antifaschistische Einheitsfront"	18
2. Die Gründung der "Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg"	28
3. Die Rolle der Betriebsräte 1945	43
4. Die Interessenvertretung der Gewerkschaft und der Antifaschismus	51
III. DER AUFBAU DER GEWERKSCHAFTEN AUF BEZIRKS- UND ZONENEBENE UND DIE ENTWICKLUNG DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN 1946/47	55
1. Der Aufbauprozess auf Bezirks- und Zonenebene und die Behinderungen durch die Militärregierung	55

	Seite
2. Die Gründung und Entwicklung der Industrie- verbände in Duisburg 1946/47	63
3. Der Ortsausschuß der Duisburger Gewerk- schaften 1946/47	81
IV. DER KAMPF DER DUISBURGER GEWERKSCHAFTEN FÜR MITBESTIMMUNG UND SOZIALISIERUNG	99
1. Entflechtung und Mitbestimmung statt Sozialisierung	99
2. Die Programme der Duisburger Gewerkschaften zur Neuordnung	103
3. Der Einfluß der Gewerkschaft in den Duis- burger Betrieben und in den Verwaltungen der Wirtschaft 1946/47	112
4. Die Arbeit der Gewerkschaft für eine Ver- besserung der wirtschaftlichen und sozia- len Lage und die Forderungen nach Mitbe- stimmung und Sozialisierung	135
4.1 Gegen die alliierten Demontagepläne und Produktionseinschränkungen	137
4.2 Streiks und Großdemonstrationen gegen die Not und für Sozialisierung	147
4.2.1. Die soziale Lage der Arbeiterschaft 1946/47	147
4.2.2. Der Kampf der Ruhrbergarbeiter gegen die Sonderschichtenaufgabe der MR	149
4.2.3. Die Frühjahrsaktionen 1947	153
SCHLUSSBEMERKUNGEN	168
ANMERKUNGSVERZEICHNIS	172
NAMENSVERZEICHNIS	178
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	181
NACHWEIS DER ABBILDUNGEN UND DOKUMENTE	183

## B. ABBILDUNGEN

1	Ansprache von Wilhelm Tenhagen auf der Gründungs- versammlung der SPD Duisburg am 9. September 1945
2	Porträt: Wilhelm Tenhagen
3	Porträt: Wilhelm Pennekamp
4	Grundsätze und Richtlinien der SPD Duisburg vom 3. August 1945
5	Schreiben: Mathias Föcher an Military Government vom 5. Mai 1945
6	Schreiben: Gustav Sander an Militärregierung vom 18. Mai 1945
7	Schreiben: Oberbürgermeister Weitz an Gustav Sander vom 7. Juni 1945
8	Rundschreiben: Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg an die Betriebsobleute, Nr. 1, vom 14. Mai 1945
9	Rundschreiben ... , Nr. 2, vom 1. Juni 1945
10	Zeitungsbericht über die Einweihung des Ehren- mals für die Duisburger Opfer des Faschismus auf dem Waldfriedhof am 14. September 1947
11	Foto: Willi Stock als Redner vor dem Ehrenmal
12	Foto: Urnen von Duisburger KZ-Opfern am 14. September 1947
13	Foto: Trauerzug zum Ehrenmal am 14. September 1947
14	Porträt: Willi Stock
15	Porträt: Oskar Triebel
16	Porträt: Mathias Föcher
17	Porträt: Gustav Sander
18	Foto: Adam Dienst
19	Foto: Belegschaft der ÖTV Kreisverwaltung Duis- burg
20	Porträt: Adalbert Stenzel

C. DOKUMENTE

- 21 Porträt: Hermann Müsken
- 22 Porträt: Friedrich Gibmeier
- 23 Porträt: Franz Ingendahl
- 24 Foto: Die erste Delegiertentagung der nordrheinischen Gewerkschaftsjugend am 27./28. Februar 1947 in Oberhausen
- 25 Foto: Gewerkschaftshaus Burgplatz 3
- 26 Foto: Gewerkschaftshaus Düsseldorfer Straße 98
- 27 Foto: Gewerkschaftshaus Mittelstraße 21 in Hamborn
- 28 Schreiben: Oberstadtdirektor Klimpel an Hans Böckler vom 21. März 1947
- 29 Schreiben: Gewerkschaften von Nordrhein-Westfalen, Hans Böckler, an Oberstadtdirektor Klimpel vom 26. März 1947
- 30 Foto: Willi Schmidt als Redner auf der 1. Mai-Kundgebung 1946 in Duisburg
- 31 Foto: Kundgebungsteilnehmer am 1. Mai 1946 in Duisburg
- 32 Schreiben: Oberbürgermeister Weitz an Wirtschaftsminister Nölting (NRW), den Zonenbeirat der Gewerkschaften und die Militärregierung vom 9. Oktober 1946: Betr. Stilllegung von Duisburger Betrieben; Mitunterzeichner: Stock/Sander/Triebe/Dr. Herker (Industrie- und Handelskammer)
- 33 Porträt: Johann Effmann
- 34 Porträt: Fritz Radtke
- 35 Porträt: Heinrich Schmitz
- 36 Porträt: Eberhard Brünen
- 37 Aufruf der KPD an die Bergarbeiter "Urabstimmung im Ruhrbergbau" vom 16. November 1946
- 38 Porträt: Werner Hansen
- 39 Foto: DGB-Bundesvorstand (britische Zone), April 1947

- 1 Schreiben: Dr. Jarres an Sgt. Mitchell vom 12. Juli 1945
- 2 Schreiben: Gustav Sander an gewerkschaftliche Vertrauensleute vom 10. April 1946
- 3 Resolution einer Großkundgebung der Duisburger Gewerkschaften und Duisburger Parteien vom 3.6.1946
- 4 "Resolution der Delegiertenkonferenz des Ortsausschusses der Gewerkschaften Groß-Duisburg zur gerechten Verteilung der Lebensmittel, Bedarfsgüter und des Wohnraums" vom 10. Oktober 1946
- 5 "Resolution der Delegiertenkonferenz des Ortsausschusses der Gewerkschaften Groß-Duisburg gegen die Betriebsstillegungen und Wirtschaftsbeschränkungen" vom 10. Oktober 1946
- 6 Rede von Adalbert Stenzel auf dem Gründungskongreß des DGB (britische Zone) vom 22. - 25. April 1947 in Bielefeld
- 7 Rede von Willi Schmidt auf dem Gründungskongreß des DGB (britische Zone) vom 22. - 25. April 1947 in Bielefeld
- 8 "Sofortprogramm der Gewerkschaften zur Reorganisation der deutschen Wirtschaft und Verwaltung in der britisch und amerikanisch besetzten Zone" vom 13. April 1947 der Ortsausschüsse der Gewerkschaften der rheinischen Ruhrgrößtädte Essen, Duisburg, Mülheim, Moers und Dinslaken
- 9 Auszug aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, vom 17. Juni 1947
- 10 Schreiben: Ortsausschuß der Gewerkschaften Duisburg an Hans Böckler vom 13. August 1947
- 11 Schreiben: Ortsausschuß der Gewerkschaften Duisburg an Oberbürgermeister Weitz vom 19. Dezember 1947
- 12 Geschäftsbericht des Ortsausschusses der Duisburger Gewerkschaften für die Jahre 1946 und 1947

## ABKÜRZUNGEN

ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ATH	August-Thyssen-Hütte
BR	Betriebsrat
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
IV	Industrieverband
Int.	Interview
MR	Militärregierung
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
OA	Ortsausschuß (der Gewerkschaften)
OB	Oberbürgermeister
PG	Parteigenosse (Mitglied der NSDAP)
Prot.	Protokoll
Sgt.	Sergeant
StA Du	Stadtarchiv Duisburg
TUC	Trade Union Congress (britischer Dachverband der Gewerkschaften)
Vgl.	Vergleiche

## EINLEITUNG

Die vorliegende Studie hat die ersten beiden Jahre der Einheitsgewerkschaft in Duisburg zum Inhalt. Von Anfang an, nachdem einige Interviews geführt und die schriftlichen Dokumente gesammelt waren, hat mich der starke politische Wille der Gewerkschafter der ersten Nachkriegsjahre beeindruckt. Trotz Hungers und zerstörter Wohnungen, gegen die Macht der Militärregierung und in einer Krise der politischen Moral wollten sie eine Einheitsgewerkschaft aufbauen.

Um von dieser großen Leistung berichten zu können, wurde eine detailreiche Untersuchung erforderlich, die vor fünf Jahren, im Laufe des Jahres 1980 entstanden ist. Zum besseren Überblick wird mit einem allgemeinen Einstieg in die Ereignisse begonnen.

### 1.

Wie in den anderen Industriestädten des Rhein-Ruhr-Gebietes gab es in Duisburg im Jahre 1945 auch Bedingungen, die den Aufbau einer Gewerkschaft begünstigten. Die meisten Arbeitnehmer arbeiteten wieder in großen und mittelgroßen Betrieben der Grundstoff- und anderer Industrien: die gegenseitige Hilfe und die Solidarität einer Organisation waren notwendig. Hinzu kam die Tradition der Duisburger Arbeiterbewegung aus der Zeit bis 1933. Die ersten Aktiven in der Gewerkschaft und im Betriebsrat waren meist ehemalige Funktionäre der alten Gewerkschaften und der Arbeiterparteien, viele Kollegen im Bergbau oder in der Stahlindustrie hatten Erfahrungen mit der Gewerkschaftsarbeit und sozialen Kämpfen. Vor 1933 war der Anteil der sozialistisch denkenden Arbeiter in Duisburg groß gewesen, und im Jahre 1945 waren es vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, die als Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime anerkannt wurden. Für die christlichen Gewerkschafter, die zum Teil im Widerstand gestanden hatten, war es selbstverständlich, mit Sozialisten eine Gewerkschaftsor-

ganisation aufzubauen.

2.

Schon in den letzten Monaten des Krieges hatten sich in Duisburg ehemalige Gewerkschafts- und Parteifunktionäre versammelt, und im Mai 1945 ging es schnell voran mit der Konstituierung der Einheitsgewerkschaft. Im Unterschied zu den anderen Städten kamen die meisten Gründer der Gewerkschaft in Duisburg nicht aus der Emigration, waren auch nicht bis zuletzt inhaftiert gewesen, sondern lebten bereits bei Kriegsende in der Stadt. Strukturen einer Gewerkschaft im traditionellen Sinne, die sich für eine Selbsthilfe- und Kampforganisation der Mitglieder eigneten, existierten im Frühsommer 1945 nicht. Obwohl es eine Stunde Null nicht gab, mußte die Gewerkschaft neu konstituiert werden. Diese sollte eine Einheitsgewerkschaft sein. Die Sozialdemokraten und Kommunisten begannen mit den Vorbereitungen, wenige Wochen später kamen die christlichen Kollegen hinzu.

Überall ging man von dem Gedanken aus, daß, "wenn es Adolf Hitler gelungen war, 1933 mit der Gewerkschaftsbewegung relativ leicht fertig zu werden, das zum größten Teil auf die Zersplitterung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen war" 1).

Die Organisation in Duisburg wurde auf zwei Ebenen aufgebaut: auf der die ganze Stadt umfassenden Ebene der paritätisch mit Christen, Sozialdemokraten und Kommunisten besetzten "Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg", in der die Industrie- und Branchen-Gruppen eine nachgeordnete Rolle einnahmen, und auf der Ebene der Betriebe, wo die Betriebsräte und die Obleute der Einheitsgewerkschaft die Arbeit der Zentrale ergänzten und kontrollierten. Einen Gegensatz zwischen Betriebsräten und Gewerkschaftsvorstand in Duisburg gab es nicht. Die Duisburger Gewerkschafter waren die ersten im Rhein-Ruhr-Gebiet, die, von der Militärregierung genehmigt, eine Einheitsgewerkschaft gründeten. Vermittelt über die betrieblichen Obleute und in Kooperation mit

den Betriebsräten hatte die Organisation bis zum Ende des Jahres 1945 einen für die britische Besatzungszone überdurchschnittlichen Mitgliederstand erreicht. Auch programmatische Aussagen wurden vergleichsweise früh bekannt gegeben.

3.

Im Jahre 1946 führte die Militärregierung in der ganzen Besatzungszone eine Aufsplitterung der Struktur der Einheitsgewerkschaft herbei. Nun waren es die autonomen Industrieverbände, welche die politischen Richtungen der Arbeiterbewegung in einer Gewerkschaft zusammenfaßten. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund fiel lediglich die Funktion des Dachverbandes zu, wie dies bis heute der Fall ist.

In Duisburg verlagerte sich die Gewerkschaftsarbeit zwar auf die Industrieverbände; doch die Vereinheitlichung der Politik über den Ortsausschuß der Duisburger Gewerkschaften ging bis zum Jahre 1947 sehr weit. Der Ortsausschuß erarbeitete Sofortprogramme und Aktionsvorschläge zu politischen und sozialen Fragen für alle Gewerkschafter, unterstützte die Kollegen in ihrer Kleinarbeit in den Betrieben und Wohngebieten, organisierte die Jugend- und Schulungsarbeit, die soziale Interessenvertretung auf kommunalpolitischer Ebene und half bei der Versorgung der Gewerkschafter mit Lebensmitteln. In nicht ganz zwei Jahren wurde die Duisburger Einheitsgewerkschaft zu einer Massenorganisation, die in ihrer Größe und in ihrer politischen Qualität neu war in der Geschichte Duisburgs. Von 1945 bis 1947 gab es in den Vorständen der Gewerkschaften in Duisburg eine hohe personelle Kontinuität, auch wenn der Anteil der Funktionäre aus der Sozialdemokratie im Ortsausschuß höher war als im vorhergehenden Gründungsausschuß der Einheitsgewerkschaft. Politische Kontroversen innerhalb der Gewerkschaft spielten in den ersten Jahren kaum eine Rolle. Bis 1947 jedenfalls wurden die gemeinsam erarbeiteten Programme nicht verändert. Ob es um die Kontrolle der städtischen Verbraucherausschüsse ging, oder um die

Sozialisierung des Bergbaus und der Stahlindustrie, im Rahmen der Gewerkschaftspolitik waren sich die Aktiven und Funktionäre weitgehend einig.

4.

"Die führenden Gewerkschafter der Aufbauperiode nach 1945, an ihrer Spitze Hans Böckler, erster Vorsitzender des DGB, hatten den Verfall der Weimarer Republik miterlebt und an den Diskussionen um das Konzept der Wirtschaftsdemokratie teilgenommen. Sie bildeten mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen die lebendige Brücke zwischen den gewerkschaftlichen Vorstellungen der zwanziger Jahre und den gesellschaftlichen Aufgaben, die sich für die einheitliche Gewerkschaftsbewegung nach dem Zusammenbruch stellten" <sup>2)</sup>.

Dieser Gedanke des ehemaligen Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, weist auf die Bedeutung hin, die das Konzept der Wirtschaftsdemokratie für die Politik der Einheitsgewerkschaft in den ersten Nachkriegsjahren hatte.

Da der Begriff Wirtschaftsdemokratie in dieser Studie mehrmals vorkommt, sei in Kürze sein Inhalt erläutert.

Der Begriff Wirtschaftsdemokratie tauchte erstmals auf dem 12. Kongreß der Freien Gewerkschaften 1925 auf, und im Ergebnis der Kongreßdebatte erschien im Jahre 1928 die Schrift des Sozialdemokraten Naphtali "Wirtschaftsdemokratie - Ihr Wesen, Weg und Ziel".

Naphtali wollte eine "Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung einer Klärung des Weges zur Verwirklichung" (S. 16). Er forderte den Kampf der Gewerkschaften um die Mitführung der Wirtschaft in "der Richtung einer ständig fortschreitenden Einschränkung der Verfügungsfreiheit der Eigentümer über den Produktionsapparat, (die) schließlich in der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln mündet ..." (S. 56).

In diesem Sinne beschloß eine Mehrheit des ADGB-Kongresses 1928 eine Resolution, die den "Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft" bejahte, mit der Begründung, auf diesem Wege

zur "Gemeinwirtschaft" kommen zu können.

Diese reformerische Strategie konnte jedoch nicht mehr erprobt werden, nachdem die Weltwirtschaftskrise ab 1929/30, die Politik der Notverordnungen der seit 1930 amtierenden konservativen Regierungen - und auch die fehlenden Konzepte der ADGB-Führung und der Spitzen der Arbeiterparteien gegenüber der Arbeitslosigkeit und dem Aufkommen des Faschismus - die Gewerkschaften in die Defensive gebracht hatten.

Die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie überdauerte die Zeit der faschistischen Herrschaft und fand sich bereits wieder in den ersten Programmen von emigrierten Gewerkschaftern und illegalen Gruppen in Deutschland. Die anderen politischen Voraussetzungen führten indes dazu, daß in diesen Programmen größere Korrekturen der alten Konzeption vorgenommen wurden. Die "Londoner Programmvorschläge" der britischen Landesgruppe Deutscher Gewerkschafter vom Frühjahr 1945, die später für den Aufbau der Gewerkschaften in den Westzonen die größte Bedeutung erlangten, zeigen diese Veränderungen.

Mit der Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Enteignung des Großgrundbesitzes und Überführung in genossenschaftliches Eigentum, und nach Verstaatlichung der Großbanken war an die restlose Beseitigung der "sozialen und wirtschaftlichen Basis des deutschen Imperialismus" gedacht, die ihrerseits "eine wichtige Voraussetzung für die Eingliederung Deutschlands in die internationale Zusammenarbeit" schaffen sollte.

Nach einer gründlichen Entnazifizierung der Staatsbürokratie sollte die Arbeiterschaft eine politisch führende Rolle im neuen demokratischen Staat einnehmen <sup>3)</sup>.

Auf diesem Fundament baute sich ein detailliertes Programm für eine neue Wirtschaftsordnung auf, das sowohl eine "auf Vollbeschäftigung und Befriedigung des Massenbedarfs ausgerichtete Wirtschaftsplanung" vorsah, wie die Beteiligung der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen in den Organen der staatlichen Wirtschaftsplanung, an der Selbstverwaltung der Wirtschaft und der Leitung der Betriebe.

Die "Londoner Programmvorschlage" entwickelten so die Vorstellungen Naphtalis weiter: Die Beseitigung kapitalistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse sollte sofort in Angriff genommen werden - lediglich das Eigentumsrecht kleiner und mittlerer Besitzer wurde anerkannt -, und die weitestgehende Einbeziehung der Betriebsvertretungen der Arbeiter in die Leitung der großen Betriebe war vorgesehen.

Schließlich waren die Londoner Vorschläge repräsentativ für den Konsens der verschiedenen politischen Strömungen in der Arbeiterbewegung 1945, auch entsprachen sie im wesentlichen den Ideen der politischen und gewerkschaftlichen Gruppen aus der Zeit der Illegalität, und auf diesem Wege bildeten sie die programmatische Basis für die neue Einheitsgewerkschaft in den Westzonen. Alle örtlichen Initiativen zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft bezogen sich, wenn nicht ausdrücklich so doch inhaltlich positiv auf die Programmvorschlage der britischen Landesgruppe.

Auf dem Grundungskongre des DGB (britische Zone) im April 1947 erläuterte der spätere DGB-Vorsitzende, Hans Böckler, seine Vorstellung über die Voraussetzung einer Wirtschaftsdemokratie:

"Wir haben die Versicherung (von der Militärregierung, H. T.): die Werke werden nie mehr in die Hände ihrer früheren Eigentümer zururckgegeben werden. Das ist viel gesagt, nur nicht genug gesagt, denn es läßt die Frage des Eigentums an Eisen, Stahl und Kohle offen ... Bei jeder sich bietenden Gelegenheit werden wir mit dem allergrößten Nachdruck betonen, dem Wunsche der Gewerkschaften gerecht zu werden, das ehemals private und jetzt durch die Besatzungsmacht beschlagnahmte Eigentum in ein solches der Gemeinwirtschaft zu verwandeln ..." 4).

Die Delegierten des Kongresses kritisierten das Ausbleiben der Sozialisierung und machten auf ihre Bereitschaft aufmerksam, die "ganze Kraft des Deutschen Gewerkschaftsbundes einzusetzen", um diese "alte Forderung der Gewerkschaften" durchzusetzen 5).

## I. DAS ENDE DES KRIEGES IN DUISBURG UND DIE POLITISCHE SITUATION

### 1. DAS AUSMASS DER KRIEGSZERSTÖRUNGEN UND DIE SOZIALE LAGE

Am 13. April 1945 meldete Radio Luxemburg: "Die alliierten Truppen haben heute Duisburg erobert." Mit dem Eintreffen der US-Truppen setzten sich die Spitzenfunktionare der NSDAP aus der Stadt ab, einige nahmen sich das Leben. Ihre Durchhalteparolen und Evakuierungsbefehle und ihr Vorgehen gegen den passiven Widerstand vieler Menschen hatten noch in den letzten Kriegswochen vielen Duisburgern das Leben gekostet.

Nun strömten Soldaten, Evakuierte und Flüchtlinge in die Stadt und die Bevölkerungszahl stieg rasch an: von 141.087 auf 341.290 innerhalb eines halben Jahres 6). Unter den männlichen Jahrgängen zwischen 25 und 40 Jahre gab es die meisten Kriegstoten 7), und so mußten mit einer dezimierten Anzahl von Arbeitskräften die vielen Menschen versorgt werden.

Besonders groß waren die Kriegszerstörungen an Wohnraum. Rund 1/3 des Wohnraums in Duisburg war total zerstört und nicht wieder herstellbar, ein weiteres Drittel zu über 50 % beschädigt, und nur wenige Wohnungen waren unbeschädigt 8). Dies hatte zur Folge, daß die "... vom Unheil verschonten Duisburger, körperlich geschwächt und z.T. krank, in einsturzgefahrdeten Wohnungen, Kellern, Bunkern, Waschküchen, Wohnlauben und sonstigen Behelfsunterkunften zwischen Trümmern und Ruinen ..." 9) hausen mußten.

Im Vergleich dazu hielten sich die Zerstörungen der Duisburger Produktionsstätten in Grenzen. Der Bergbau war kaum betroffen und die Eisen- und Stahlindustrie wies nur etwa 20 - 25 % zerstörte Anlagen auf 10). Allerdings führte die weitgehende Zerschlagung des Transportsystems (Brücken,

Hafen) zu einem materiellen Chaos <sup>11)</sup>.

Besonders gravierend war die mangelnde Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial und Nahrungsmitteln. Im Durchschnitt erhielt jeder Bürger im Herbst 1945 nur 1.500 Kalorien pro Tag, "also nur 60 % des nötigen Nährwertes" <sup>12)</sup>. Die Löhne und Preise entwickelten sich trotz Lohn- und Preisstopp zu Ungunsten der Löhne: denn der Schwarzhandel war bestimmt von der Sozialstruktur in Duisburg. Diese zerfiel vor der Währungsreform bereits in Sachwertbesitzer einerseits und Besitzlose und Hungernde andererseits.

Sowohl in US-amerikanischen Berichten <sup>13)</sup> als auch in Interviews mit zeitgenössischen Gewerkschaftern\* tauchen Hinweise auf, die von der Apathie und Passivität vieler Menschen gegenüber den politischen Ereignissen zeugen. Diese Dominanz der Privatsphäre hatte einen wesentlichen Grund in dem notwendigen Rückzug auf die existentiellen Probleme des Essens, Trinkens, Wohnens und Kleidens.

Anders als die meisten verhielten sich jene Persönlichkeiten und Gruppen, die Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft geleistet hatten und nun an die Traditionen der bürgerlichen

\* Interviews mit Willi Schmidt am 9. Dezember 1980 und Heinrich Schmitz am 2. Dezember 1980. Zur Person Willi Schmitz s. S. 86. Heinrich Schmitz gehörte von 1926 bis 1933 der Holzarbeitergewerkschaft an, trat 1930 der KPD bei und war Leiter der Naturfreundejugend in Meiderich. Im Februar 1934 verhaftete ihn die Gestapo und er saß 3 1/4 Jahre im Zuchthaus Lüttringhausen. Danach sorgten Polizei und Gestapo dafür, daß Schmitz in das Moortlager Esterwegen kam und von dort in das KZ Sachsenhausen. 1938 entlassen, arbeitete Schmitz bis 1943 als Schreiner in Duisburg, wurde dann zur Armee eingezogen und kam mit dem Strafbattalion 990 nach Griechenland. Im Oktober 1945 kehrte Schmitz nach Duisburg zurück und schloß sich der Gewerkschaft Bau in der Einheitsgewerkschaft an. Ab 1950 war er Funktionär der Holzarbeitergewerkschaft, Ende der 50er Jahre Betriebsrats-Vorsitzender bei der Niemag, einem Duisburger Metallbetrieb, und von 1960 bis 1964 Mitglied der Ortsverwaltung der IG Metall. Heute gehört Schmitz der IG Metall-Vertreterversammlung in Duisburg an, als Vertreter der Rentner. Von 1946 bis 1956 war Schmitz Fraktionsvorsitzender der KPD im Rat der Stadt. Seit 1968 gehört er der DKP an. Außerdem ist er Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)/Bund der Antifaschisten.

Republik von Weimar oder der deutschen Arbeiterbewegung anknüpfen wollten.

## 2. LOKALE VERWALTUNG - BÜRGERTUM - UNTERNEHMERMACHT

Nachdem die US-Besatzungsmacht am 12. April 1945 das an der Spitze der alten Restverwaltung verbliebene NSDAP-Mitglied Zweigert suspendiert hatte, setzte sie am 16. April Dr. Weitz als Oberbürgermeister ein. Als konservativer Katholik und "guter Christdemokrat" (Adenauer) <sup>14)</sup> besaß Weitz ein entsprechendes Verständnis von der Arbeit des neuen Verwaltungsapparates. Gegen eine besonders gründliche Entnazifizierung aller städtischen Beamten trat er ebenso scharf auf <sup>15)</sup>, wie gegen die antifaschistischen Aktionsausschüsse. Diese hatten sich kurz nach Kriegsende in den meisten Vororten spontan gebildet und sich die Heranziehung von Nazis zu Aufräumarbeiten und die Ingangsetzung des täglichen und politischen Lebens zur Aufgabe gestellt <sup>16)</sup>. Darüber hinaus sorgte Weitz dafür, daß in der neuen, von der Militärregierung (MR) eingesetzten Stadtvertretung, die CDU die absolute Mehrheit aller Sitze erhielt, obwohl dies den letzten Wahlergebnissen und der Sitzaufteilung der Stadtverordnetenversammlung von vor 1933 nicht annähernd entsprach\*. Der Antrag der "Fraktion der sozialistischen Gruppen" (SPD und KPD), die Stadtvertretung nach dem Verhältnis 50 : 50 jeweils für die sozialistischen und nicht-sozialistischen Gruppen zu besetzen, lehnte die MR auf Weitz' Vorschlag hin ab <sup>17)</sup>. Neben dieser Geste stellten vor allem die Ablehnung des Vorschlags von SPD und KPD, den OB von der Stadtvertretung wählen zu lassen <sup>18)</sup>, und die Bevorzugung konservativer Beamter bei der Besetzung der Beigeordnetenstellen und Verwaltungsaus-

\* Vgl. Roden, G.v.; Geschichte der Stadt Duisburg, Duisburg 1979, S. 448; siehe Seite 18

schüsse <sup>19)</sup> eine Behinderung der Entfaltungsmöglichkeiten der Duisburger Gewerkschafter und Arbeiterfunktionäre dar - und eine pro-bürgerliche Einstellung und Vorgehensweise der MR. Überraschend schnell war so der Einfluß bürgerlicher Politiker und Beamter aus der Weimarer Zeit, die meist während der NS-Zeit in der städtischen Verwaltung geblieben waren, gesichert. Die lokale Verwaltung, über die sich in den ersten Nachkriegsjahren wegen des Fehlens deutscher Zentral- und Landesregierungen und -verwaltungen wesentlich die politische Macht vermittelte, geriet unter der britischen MR zur "Konstante bürgerlicher Ordnung" <sup>20)</sup>.

Wie gestaltete sich der Einfluß der Unternehmerschaft? Einerseits nahm die MR im Herbst 1945 rund 100 Ruhrindustrielle wegen ihrer Unterstützung des Nazi-Regimes vorübergehend in Haft. Andererseits berief sie Manager, die bis dahin politisch und wirtschaftlich in der 2. Reihe gestanden, jedoch oft bedeutende Funktionen wahrgenommen hatten, in wirtschaftliche Spitzenpositionen. Dr. Jarres z.B., der, obwohl 1933 von den Nazis als Duisburger Oberbürgermeister abgesetzt, die "nationale Volksbewegung" der Nazis wegen ihrer "leidenschaftlichen Kraft" und ihres "frischen Glaubens" gelobt <sup>21)</sup>, und der bis 1945 hohe Funktionen in der deutschen Wirtschaft eingenommen hatte, war im Juli 1945 Vorsitzender des Aufsichtsrates der Klöckner-Werke und der Demag <sup>22)</sup>. Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn, in den Duisburger Betrieben der Demag und auf der Kupferhütte übernahmen ehemalige Vorstandsmitglieder nun die Leitung der Betriebe <sup>23)</sup>. Zugleich wurde eine Industrie- und Handelskammer (IHK) aufgebaut, in der sich schon im Mai/Juni 1945 fast alle Unternehmervertreter der großen Betriebe organisierten <sup>24)</sup>. Während die Gewerkschaften noch um die Genehmigung erster Zusammenkünfte durch die MR baten, mußten sie bereits auf die organisierte Arbeit der Unternehmer reagieren, so z.B. auf einen Lohnabbau, den diese im Mai beschlossen hatten <sup>25)</sup>.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß sich die Perspektive des westdeutschen Privateigentums im Jahre 1945 zwar ungewiß darstellte <sup>\*</sup>. Aber der Einfluß seiner Repräsentanten war bereits wieder über leitende Positionen in den Betrieben und Verwaltungen, über die wiedererstarkenden IHK's und die informellen "Experten"-Kontakte zu Verwaltungsausschüssen und MR vermittelt. So befand sich die Unternehmerschaft in sozialer und politischer Hinsicht schon frühzeitig im Vorteil gegenüber der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften.

### 3. DIE ARBEITERPARTEIEN UND DER VERSUCH DER POLITISCHEN EINHEIT

Die politischen Konzeptionen von SPD und KPD im Jahre 1945 waren von den gemeinsamen Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus geprägt, von den während dieser Zeit vorgenommenen selbstkritischen Umorientierungen beider Parteien <sup>26)</sup> und von der teils getrennt, teils einheitlich geleisteten Widerstandstätigkeit. "Es wirkten Formeln wie die von der 'organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse' (Prager Manifest von 1934 des SPD-Exilvorstandes) ..." <sup>27)</sup>.

Wegen der Unterschiede im Grundsätzlichen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist der Grad an politischer Übereinstimmung damals <sup>27a)</sup> und "die praktische Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei", bemerkenswert, wie sie der spätere SPD-Vorsitzende Schuhmacher "in allen sozialen Fragen und in allen Fragen der Austilgung des Faschismus bejahete" <sup>28)</sup>.

<sup>\*</sup> Die Zechen und die Stahlwerke unterstanden der direkten Kontrolle der MR und warfen die über Jahre ungeklärte Eigentumsfrage der Grundstoffindustrien auf. Vgl. Probleme der westdeutschen Wirtschaft, Tätigkeitsbericht des WWI der Gewerkschaften für die Geschäftsjahre 1946 - 1949; Köln 1949; S. 98 ff.

Abb. 1

# Begrüßungsansprache

des Versammlungsleiters Gen. Tenhagen

Im Auftrage des Organisationsausschusses der Sozialdemokratischen Partei begrüße ich Sie und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Ferner begrüße ich die Genossen Göbel und Scheibe vom Organisationsausschuß der KPD, als Vertreter der befreundeten Organisation und werte ihr Erscheinen als Ausdruck der Kampfgemeinschaft gegen Faschismus und kapitalistische Ausbeutung.

Des weiteren begrüße ich den Genossen Stöwer aus Düsseldorf als Vertreter des Bezirksvorstandes der SPD, der mit den anderen Gesinnungsgenossen aus Düsseldorf nach hier gekommen ist, um die Grüße unserer Düsseldorfer Genossen zu überbringen

Mit besonderer Freude begrüße ich auch die Herren von der Presse. In den zurückliegenden zwölf Jahren waren wir ja Leidensgenossen und wenn man uns in diesen Jahren den Maulkorb aufzwang, so ließ man den Männern der freien Presse das Tintenfaß eintrocknen. Und jetzt, da das freie Wort wieder klingen kann, wird auch die Tinte wieder fließen und die wiedergewonnene Freiheit für Wort und Schrift ein neues und besseres Zeitalter einleiten.

Ich darf ferner begrüßen unseren Genossen Gustav Sander, den Führer der sozialistischen Fraktion in der Bürgervertretung unserer Stadt, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon gezeigt hat, daß der sozialistische Kampfgeist nicht erloschen ist trotz Krieg und Terror. Zum Schluß begrüße ich den Redner des heutigen Tages, den Genossen Walter Kolb, Vizepräsident der Regierung Düsseldorf, der es trotz starker beruflicher Beanspruchung möglich gemacht hat, zu unserer heutigen Gründungsversammlung zu erscheinen, wofür wir ihm besonders danken.

Und nun, da die Kanonen schweigen und das Nazireich unter den von einer verantwortungslosen Führung geschaffenen Trümmern begraben liegt, wollen wir einer Pflicht genügen und der Toten gedenken, die als Opfer dieser Naziregierung ihr Leben lassen mußten.

Millionen junger Menschen, die Blüte der Nation, wurden auf den Schlachtfeldern dieses Krieges einem sinnlosen und verbrecherischen Machtstreben geopfert. Hunderttausende unschuldiger Menschen, deren angebliches Verbrechen darin bestand hat, daß sie die Freiheit mehr liebten als ihr Leben, wurden in den Zuchthäusern und den Konzentrationslagern von den verbrecherischen Henkern einer Regierung hingemordet, die keine Menschlichkeit kannte. Sie alle sind im Kampfe für Freiheit und Menschenrecht gefallen. Wir wollen ihnen allen für diesen Opfertod danken, indem wir die Verpflichtung auf uns nehmen, alle unsere Kraft einzusetzen und ein neues Deutschland aufzubauen, in dem wir und die nach uns kommenden Generationen leben können frei von Furcht vor Krieg und Terror, frei von Not und wirtschaftlicher Ausbeutung, in einem Deutschland, in dem wieder echte Lebensfreude das Leben lebenswert macht.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Ansprache von Wilhelm Tenhagen zur Eröffnung der Gründungsversammlung der SPD Duisburg am 9. September 1945.

Abb. 2



Wilhelm Tenhagen. Erster Vorsitzender der SPD Duisburg nach dem 2. Weltkrieg und Beigeordneter der Stadt Duisburg in der Nachkriegszeit.

Abb. 3



Wilhelm Pennkamp. \* 5.1.1894 † 26.3.1961. Er gehörte dem 6köpfigen Leitungskomitee der am 26. Juli 1945 gegründeten Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg an. Weitere Angaben zur Person Seite 22.

In Duisburg verlief die Zusammenarbeit bis zu der von der MR genehmigten Gründung der beiden Parteien im Herbst 1945 über die Einheitsgewerkschaft, die "Arbeitergruppe" in der Stadtverordnetenversammlung und über den Aufbau der "Arbeiterwohlfahrt" und der "Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" (VVN). Im September 1945 gründeten SPD und KPD die "Sozialistische Arbeitsgemeinschaft", die sich als Arbeitsausschuß verstand. Hier wurden die wichtigen Fragen des politischen Lebens der Stadt mit dem Ziel eines einheitlichen Vorgehens behandelt <sup>29)</sup>.

Da man "in allen behandelten Fragen ein einheitliches Vorgehen erzielt hatte", sollte alles darangesetzt werden, die "politische Einheit zu verwirklichen" <sup>30)</sup>.

Wenngleich die Arbeit der "Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft" ab Mai 1946 schwieriger wurde und im Sommer 1946 infolge von Kontroversen zwischen beiden Parteien auf interzonaler Ebene und SPD-interner Auseinandersetzungen und Umorientierungen <sup>31)</sup> auseinanderbrach, fanden auf parlamentarischer Ebene weiterhin Beratungen und ein gemeinsames Vorgehen statt\*. Gemeinsam sorgten SPD und KPD dafür, daß sich das Duisburger Stadtparlament, mit zahlreichen Stimmen aus der CDU, für die Überführung der Bergwerke und der Schwerindustrie in öffentliches Eigentum aussprach <sup>32)</sup>. Vor allem im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich zeigten die im Zonenmaßstab weit entwickelten Einheitsbestrebungen der Sozialdemokraten und Kommunisten in Duisburg nachhaltige Folgen, auf die im weiteren noch eingegangen wird.

\* Vgl. Prot. d. Stadtratsitzung, 25.10.1946, StA DU, S. 5/6: Gemeinsame Erklärung zur Ungerechtigkeit des Mehrheitswahlrechts bei der Kommunalwahl, bei der SPD und KPD zusammen zwar 48,8 % (SPD: 34,8% - KPD: 14 %) aller Stimmen gegenüber 39,5 % für die CDU erhalten hatten, jedoch nur über 18 (SPD: 16 - KPD: 3) von insgesamt 46 Sitzen verfügten, während die CDU mit 28 Sitzen die absolute Mehrheit aller Sitze einnahm.

## Grundsätze und Richtlinien für die Arbeit der SPD.

### 1. Grundsätzliches:

Gelten unserer geschichtlichen Vergangenheit erkennen wir, daß das Chaos der Gegenwart seine Ursache in der wirtschaftlichen Entvölkerung der bürgerlichen Welt hat, die zum Ausbruch kommt in den aufeinanderprallenden Interessen des Kapitalismus und seiner oft sinnlosen Produktion, die immer einen Weltlauf um die Rohstoffquellen und Absatzmärkten zur Folge hatte. Zweimal in kaum einem halben Jahrhundert wurde in diesen zwei Weltkriegen mehr an Werten zerstört als die Arbeitenden der Welt im gleichen Zeitraum zu schaffen in der Lage wären. Darum bekennen wir uns auch als Gegner des kapitalistischen Machstrebens und sehen das Ziel unserer Arbeit in der Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf dem Wege der vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Völker auch dem Wohle der gesamten Menschheit dient.

Wir erstreben daher die Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, an Rohstoffen und Verarbeitungswerkstätten und Überführung desselben in Gesellschaftseigentum. Und weiter die Abschaffung der kapitalistischen Profitwirtschaft, an deren Stelle eine planvolle Gemeinwirtschaft treten muß, damit die Arbeit aller Schaffenden zu einer Quelle des friedlichen Aufbaues und höchster Wohlfahrt der Menschheit wird.

### 2. Richtlinien für die praktische Arbeit

Wir erkennen, daß die demokratische Republik diejenige Staatsform ist, innerhalb der unsere Arbeit am sichersten gewährleistet ist. Darum tritt die Sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, für die Errichtung und ihren Bestand ein und setzt ihre ganze Kraft, darin, diese demokratische Republik zu einem wirklichen Volksstaat aufzubauen. Wir erstreben deshalb im Rahmen der uns nach dem Friedensschluß gegebenen Möglichkeiten

- a) die Schaffung einer deutschen Einheitsrepublik auf der Grundlage der Selbstverwaltung aller staatlichen und kommunalen Glieder mit einer starken Führung und einer Verfassung, die dem Volke das allgemein gleich gekeme Wahlrecht sichert und nur solche Parteien zuläßt, die sich uneingeschränkt bejahend auf den Boden der demokratischen Republik stellen.

- b) Die Schaffung einer Verwaltung nach demokratischen Grundsätzen unter Einbeziehung aller Kräfte, die sich positiv zum demokratischen Staat bekennen.
- c) Eine Rechtsordnung und Strafrecht, die den Grundsätzen eines fortschrittlichen, sozialen und demokratischen Staates entsprechen und Willkür- und Vorrechte ausschalten.
- d) Eine Kultur- und Erziehungspolitik, die alle Vorrechte der Besitzenden beseitigt und den Tüchtigen auf Kosten der Allgemeinen den Weg zur Führung ebnet und die getragen ist von dem Gedanken einer wirklichen Volksgemeinschaft und der Völkerverständigung.
- e) Die Aufbringung der Finanzen und Steuern nach dem Grundsatz der Schonung der wirtschaftlich Schwachen und stärkeren Belastung der Besitzenden.
- f) Entsprechend ihrer grundsätzlichen Einstellung zur wirtschaftlichen Neugestaltung fordern wir in der Wirtschaftspolitik

- 1. daß Grund und Boden, Wohnungsbau, Banken, Bodenschätze und natürliche Kräftequellen, sowie alle Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs und Transportwesens der einseitigen und unsozialen Privatwirtschaft zu entziehen sind und in den Besitz der staatlichen und kommunalen Gemeinwirtschaft überführt werden müssen.
- 2. Die Demokratisierung der Wirtschaft und das Mitbestimmungsrecht der Schaffenden in Organisationen der Wirtschaft unter Ausrichterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.

- 3. Die Kontrolle des Staates über die Wirtschaft, Förderung des Klein- und Mittelbesitzes in der Landwirtschaft, sowie die Auflösung des Großgrundbesitzes mit dem Ziel der Schaffung landwirtschaftlicher Siedlungen auf genossenschaftlicher Grundlage.

### Internationale Politik.

In der Erkenntnis, daß bei voller Berücksichtigung der nationalen Eigenheit des deutschen Volkes und seiner berechtigten Interessen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Völkern der Erde zum friedlichen Aufbau einer demokratischen Weltordnung notwendig ist, erklären wir unsere Politik darauf abzustellen, und diese Zusammenarbeit mit allen Mitteln zu fördern.

#### 4. DIE DIREKTIVEN DER BESATZUNGSMACHT ZUM AUFBAU EINER GEWERKSCHAFT

Infolge der Vereinbarungen des Alliierten Kontrollrates\* ging die Militärverwaltung Nord-West-Deutschlands ganz auf die British Army of Rhine über und die US-Truppen in Duisburg übergaben der britischen MR die Kontrolle über die Stadt 33).

Die Gewerkschaftspolitik der britischen MR war von Beginn an vor allem von folgenden Faktoren geprägt. Von Jahr zu Jahr wurde der außenpolitische Druck seitens der USA stärker\*\* und innerhalb der Militäradministration wirkten zu meist konservative Fachleute, Beauftragte britischer Konzerne und private Unternehmer in zentralen Positionen. Die im Juni 1945 neu gebildete Labour-Regierung hatte den von der konservativen Churchill-Regierung geschaffenen Kontrollap-

\* Besetzt mit Eisenhower (USA), Shukow (UdSSR), Montgomery (GB), Lattre des Tassigny (Frankreich).

\*\* Der Versprechung der britischen Labour-Regierung, ihre Nationalisierungspläne für Großbritannien auf die deutschen Schlüsselindustrien anzuwenden, und ihrem Willen zu einem antikapitalistischen Vorgehen stand von vornherein die außenpolitische Option entgegen, mit den Westmächten Frankreich und USA gemeinsam einen anderen Weg zu gehen, als den der Sozialisierung und der Bodenreform wie in der sowjetischen Besatzungszone. Es gab einen weiteren Grund für die Suche nach einem Konsens vor allem mit der US-Macht. Hatte Großbritannien bis zum Kriegsende in der Anti-Hitler-Koalition eine gleichberechtigte Rolle, so offenbarte das Kriegsende die wirtschaftliche Schwäche des Landes und die hohe Verschuldung gegenüber den USA. Unter Androhung einer Revision des amerikanisch-britischen Anleihe-Abkommens wurde die britische Regierung von den USA gezwungen, einer "Verschiebung" der Nationalisierung auf fünf Jahre zuzustimmen. Mit der Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zu einer Bi-Zone am Anfang des Jahres 1947 zeichnete sich das Aufgeben der Sozialisierungsverfahren ab. Mit dem Marshall-Plan und der Währungsreform in den Westzonen 1948 war das Scheitern der Labour-Pläne perfekt. (Vgl. Rede des brit. Außenministers Bevin vom 22.10.1946; in: Deppe/v. Freyberg u.a.; Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf? Ffm 1973, S. 65; s. auch S. 79. Vgl. Pietsch, H.; a.a.O.; S. 30/31).

parat für Deutschland fast vollständig übernommen\*. Allerdings gab es auch Offiziere und Beamte der britischen MR, die demokratische Neuordnungsvorstellungen hatten und sich um die Verwirklichung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens bemühten 34).

Entsprechend gestaltete sich die Politik der MR gegenüber den Gewerkschaften mehr bremsend als fördernd. Montgomery, damaliger Oberbefehlshaber der britischen Besatzungsmacht, schrieb:

"Die Russen unterstützten die Gewerkschaften. Ich beschloß, das nicht zu tun. Ich war zwar sehr dafür, daß sie langsam den Verhältnissen entsprechend wachsen sollten, aber dagegen, daß sie 'forciert' wurden. Dadurch hoffte ich zu erreichen, daß im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen die richtigen Leute an die Spitze kamen. Gingen wir jedoch zu schnell vor, so bestand die Gefahr, daß die Gewerkschaften in falsche Hände gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden" 35).

Wer mit den "falschen Händen" gemeint war, erklärt folgender Auszug aus Montgomerys Memoiren. "In einigen Gegenden der englischen Zone gab es deutliche Zeichen für die Wütharbeit russischer Kommunisten und in allen von den Westalliierten besetzten Gebieten bildeten sich kommunistische Zellen" 36). Eine Denkschrift für die britische Regierung, die Montgomery am 2. Mai 1946 verfaßte, weist jedoch auf seine wirklichen Befürchtungen hin: "Doch wenn die Deutschen unzufrieden werden, und größere Feindseligkeiten gegen die Besatzungsmacht ausbrechen, dann haben sie in den politischen und

\* Vgl. Badstübner/Thomas; Restauration und Spaltung, Entstehung und Entwicklung der BRD 1945 - 1955; Köln 1975; S. 72. Steininger schreibt, daß Bevin "... - das zeigen die jetzt freigegebenen englischen Akten ganz deutlich - weitgehend die Politik vertrat, die konzipiert wurde von den liberal-konservativen Mitarbeitern seines Hauses, die nach wie vor die Schlüsselpositionen des Foreign Office besetzt hielten und für eine erstaunliche Kontinuität in der britischen Außenpolitik sorgten." (Steininger, R.; British Labour, Deutschland und die SPD 1945/46; in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; 6/1979; Heft 2; S. 190).

Gewerkschaftsorganisationen eine Stütze, die sie zur Durchführung ihrer schädlichen Absichten benutzen könnten" 37). Entsprechend dieser Aussagen waren die ersten Anordnungen der britischen MR zum Aufbau gewerkschaftlicher Organisationen. Erst am 8. August 1945 erschien die erste offizielle Bekanntmachung, in der die Zulassung freier Gewerkschaften angekündigt und zu diesem Zweck die britische Zone in 5 Regionen aufgeteilt wurde\*. Relevanz erhielt diese Aufteilung für die spätere Aufbauarbeit der Gewerkschaften. Diese erfolgte in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich, so daß z.B. "in Hamburg bereits unter dem 30. Mai 1945 von der MR vorläufige Richtlinien für Gewerkschaften und Unternehmervereinigungen erlassen wurden ... (während) ... sich die Entwicklungsverhältnisse in Schleswig-Holstein und Westfalen besonders schwierig" 38) gestalteten.

Der ersten allgemeinen Anordnung vom 8. August folgte am 30. August die "Bekanntmachung der MR über die Bildung von Gewerkschaften", die nochmals den politischen und organisatorischen Rahmen der neuen Gewerkschaftsbewegung absteckte: "Das deutsche Volk soll im eigenen Interesse feste Grundlagen für seine Gewerkschaften schaffen. Es soll langsam und gut aufbauen", wozu die "Gründer ... die Erlaubnis der MR haben" müßten 39).

Auf diese Weise setzte sich das Mißtrauen der MR gegenüber der gewerkschaftlichen Aktivität, wie es in den Äußerungen Montgomerys zum Ausdruck kommt, in die Praxis um. Den offiziellen Verlautbarungen der MR war im Ruhrgebiet Anfang Mai ein Aushang "Einrichtung der Gewerkschaften" vorausgegangen, in dem eine ausdrückliche "Abgrenzung gegen eine extensive Auslegung der Erklärung General Eisenhowers" \*\* vorgenommen wird: Die Vertretung der Arbeiterinteressen dürfe sich nur auf die Lösung unmittelbarer und alltäglicher Probleme wie

\* Nordrhein, Westfalen, Hannover, Schleswig-Holstein und Hamburg, abgedruckt in: 75 Jahre Industriegewerkschaft; 1891 - 1966. Hrag. von der IG Metall; Ffm. 1966.

\*\* Der Oberbefehlshaber der US-Besatzungsarmee hatte über Rundfunk den Aufbau freier, demokratischer Gewerkschaften gebilligt.

Arbeitsbedingungen, Ernährung, Wohnung und Bekleidung beschränken, während jedweder gewerkschaftliche Einfluß auf Löhne, Arbeitszeit oder gar die Leitung der Betriebe nicht in Frage komme 40). So blieb die "grundsätzliche Position der MR, gewerkschaftliche Tätigkeit auf den Betrieb zu beschränken und allenfalls einmal einen Betriebsausschuß anzuerkennen, ... im Ruhrgebiet jedenfalls bis zum Juli unangefochten" 41).

Am 5. Juli dann gab die MR Durchführungsbestimmungen zu ihren grundsätzlichen Erklärungen ab, die Direktive "Policy for Formation of Trade Unions in the British Zone". "Danach hatten sich die deutschen Gewerkschafter einem umständlichen Lizensierungs- und Kontrollverfahren zu unterwerfen" 42).

#### DER DREI-PHASEN-PLAN

Sämtliche Anordnungen und Durchführungsvorschriften zu den Bedingungen für die Zulassung und den Aufbau der Gewerkschaften sollten dem sog. Drei-Phasen-Plan der MR entsprechen, der, im Herbst 1945 erstellt, im April 1946 zusammengefaßt als "Industrial Relation Directive Nr. 16" erschien 43). Dieser Plan sah vor, den Aufbauprozeß der Gewerkschaften stufenweise in drei Phasen vorstatten gehen zu lassen. Die Gründungsvorgänge, wie sie in der Direktive vom 5. Juli festgeschrieben waren, gehörten nun zur Phase I, der "einführenden, erprobenden und vorbereitenden Periode". Das hieß: Abhaltung einer Gründungsversammlung, auf der ein Programm verabschiedet, eine Satzung erstellt und ein Vorstand gewählt wird. Nach Genehmigung des Versammlungsprotokolls, der Satzung und weiterer Unterlagen durch die zentrale MR (Manpower Division) könne der Eintritt in die II. Phase erfolgen, in die "Periode einer vorläufigen Entwicklung". Das bedeutete: Einrichtung von Büroräumen, Abhaltung von Mitgliederversammlungen und Beginn öffentlicher Versammlungen

und gewerkschaftliche Propaganda<sup>\*</sup>. Der Übertritt in die Phase III wiederum würde bewilligt, nachdem "... die formale Verfassung (Satzung, d. Verf.) angenommen ist und die Mitglieder in der vorgeschriebenen Wahlweise die verschiedenen Funktionäre und Körperschaften in der Organisation gewählt haben".

Bezogen sich die beiden ersten Phasen auf die Gründung gewerkschaftlicher Organisationen auf örtlicher Ebene, so sollte es in der III. Phase überörtliche "Verschmelzungen ... innerhalb der britischen Zone" geben<sup>44)</sup>. Außerdem sollte den Gewerkschaften dann auch die politische Betätigung erlaubt werden.

Mit diesem Drei-Phasen-Plan sicherte sich die britische MR die weitgehende Eingriffsmöglichkeit in den Reorganisationsprozeß der Gewerkschaftsbewegung in ihrer Zone. Die Gewerkschaften hingegen hatten "nicht damit gerechnet, daß die MR in so starkem Maße auf die Gründung und Gestaltung der Gewerkschaften Einfluß nehmen würde", resümiert der Geschäftsbericht des DGB für die britische Zone von 1949. Er kritisiert in diesem Zusammenhang das Prinzip der MR, den Aufbau "von unten auf" zu organisieren, da es in Wirklichkeit einem "langsam, langsam" gleichgekommen sei<sup>45)</sup>.

<sup>\*</sup> Daß die MR gewillt war, von dem Instrument der Genehmigungerteilung des Eintritts in die II. Phase Gebrauch zu machen, bewies sie in der Frage der Organisationsform 'Einheitsgewerkschaft' oder 'Industrieverband'; s.S.55ff

## II. DIE NEUGRÜNDUNG EINER DUISBURGER GEWERKSCHAFT

### 1. ANTIFASCHISTISCHE AUSSCHÜSSE UND DIE "ANTIFASCHISTISCHE EINHEITSFRONT"

#### VON DER ANTIFASCHISTISCHEN AKTION ZUR ANTIFA

Der Begriff "Antifa" war 1945 in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt. Die Gefahr des Faschismus hatte die KPD im Mai 1932 veranlaßt, alle Arbeiterorganisationen zur gemeinsamen "Antifaschistischen Aktion" aufzurufen. Dies sollte eine Antwort darauf sein, daß vor allem im Ruhrgebiet, dort, wo Massenanhänger und Wählerreservoir der NSDAP deutlich unter dem Reichsmaßstab lagen<sup>46)</sup> und der Einfluß der Arbeiterparteien groß war, die SA versuchte, das Denken der Arbeiter mit Terror zu beeinflussen.

Infolge der ablehnenden Haltung der Vorstände von SPD und ADGB gegenüber dem KPD-Vorschlag ist für Duisburg nur von einer großen antifaschistischen Aktion zu berichten. Anlässlich der Ermordung des parteilosen Arbeiters Josef Bischoff durch die Nazis demonstrierten 40.000 Menschen gegen den Faschismus, und die Arbeiter von 22 Hafenbetrieben in Ruhrort traten in einen einstündigen Proteststreik. Obwohl die Leitung der Duisburger SPD in letzter Minute ihre Zustimmung zurückzog, riefen die sozialdemokratischen Organisationen Reichsbanner und Eiserne Front mit der KPD unter der Losung "Parteilose, SPD, KPD und Christen schlagen vereint die Faschisten"<sup>47)</sup> zur Demonstration auf. Der Grundgedanke der "Antifaschistischen Aktion" blieb erhalten, nach 1933 in manchen Betrieben und Wohngebieten, er spielte eine Rolle im gewerkschaftlichen Widerstand und führte zu Revisionen der Programme von SPD und KPD. Wenngleich der organisierte Widerstand mit Kriegsbeginn 1939 in seine schwierigste Phase trat, rissen punktuelle Widerstandstätigkeiten und die Kontakte von Antifaschisten untereinander auch in Duisburg nicht ab. Neben vielen anderen Beispielen zeugen hiervon die Erlebnisberichte zweier Duisburger(innen) aus den letzten Kriegsjahren. Der Thyssen-Arbeiter Fritz Radtke berichtet, daß viele Kollegen den englischen Sender gehört haben, und daß es einen

Gedankenaustausch gegeben hat. Zusammengehalten habe man vor allem dann, wenn es um die versteckte Hilfe für die ausländischen Zwangsarbeiter im Werk gegangen sei. Man habe ihnen Brot, Kleidung u.a. zugesteckt und sie gegenüber den Vorarbeitern 'gedeckt' 48).

Die Kollegin Ilse Spindler erzählt: "Aber trotzdem, wenn ich mir das heute so überlege, wir haben noch manche Zicken gemacht auf dem Werk. Denn guck' mal, wir hatten 2 Russen da, ich habe am Drehstock gestanden, da habe ich so die 'Internationale' vor mich hingetragen und da fragte er: du Komsomol? Ich bin Komsomol, sagte ich. Seit dem Tag haben wir gut zusammengearbeitet" 49). Der Gedanke einer antifaschistischen Einheitsfront blühte nach Kriegsende sofort auf, in Form von antifaschistischen Aktionsausschüssen, kurz Antifa genannt.

#### ANTIFASCHISTISCHE AKTIONSAUSSCHÜSSE

Neben dem organisierten gewerkschaftlichen und politischen Widerstand bildeten 1945 die 'privaten' Kontakte unter Antifaschisten eine Voraussetzung für die rasche Konstituierung von antifaschistischen Ausschüssen. Noch bevor die meisten emigrierten und inhaftierten Antifaschisten zurückgekehrt waren, konstituierten sich z.T. bereits vor Kriegsende in Duisburg örtliche Aktionsausschüsse. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Faschismus waren sie eine spontane Reaktion auf die aktuelle Situation. In den zerstörten Wohngebieten mußten Verwaltungs- und Polizeiaufgaben wahrgenommen und Notarbeiten, wie z.B. die Schuttbeseitigung, organisiert werden.

In den südlichen Vororten Hüttenheim, Wanheim und Neudorf sorgten Aktionsausschüsse dafür, daß die mit Schutt beladenen Straßen von Nazis geräumt wurden 50).

In gleicher Weise geschah dies in der Stadtmitte, wo der dortige Aktionsausschuß eine Mitteilung an die Außenwände des Kaufhauses Horten anbrachte, die die "Heranziehung von früheren Parteigenossen zu Arbeiten" ankündigte 51).

Aufgrund der schon im März 1945 erfolgten Besetzung des Duisburger Nordens durch die US-Truppen verfügten die dorti-

gen Ausschüsse zunächst über einen größeren Aktionspielraum. In Meiderich organisierten Betriebsstreiker in Kooperation mit der noch separaten MR die Durchführung von Aufräumarbeiten durch ehemalige Nazis 52).

Aus Neumühl berichtet der Bergmann Werner Pfannenschwarz: "Die (Nazis, d. Verf.) haben einen Brief gekriegt: Sonntag morgen erscheinen, falls Sie nicht kommen, werden Sie abgeholt. Schubkarre mitbringen und Schüppe. Der Betriebsrat hat das verlangt. Und sonntags sind wir dann spazieren gegangen und haben zugesehen, wie sie gearbeitet haben" 53).

Besonders erfolgreich war die Arbeit des Ruhrorter Ausschusses. Angeführt von dem Widerstandskämpfer Karl Wehling ließ dieser ein großes öffentliches Gebäude von NSDAP-Mitgliedern instandsetzen, verteilte dessen Einrichtungsgegenstände auf Privatwohnungen und Krankenhäuser und übereignete die Gaststätte eines ehemaligen Nazi-Spitzels an einen NS-Verfolgten 54). Zeitweilig gewann der Ruhrorter Ausschuß auch die Anerkennung durch den lokalen amerikanischen Militärbefehlshaber und den Vorortbürgermeister 55).

Das Vorgehen von OB Weitz gegen die Aktionsausschüsse setzte ihrem Wirken alsbald Grenzen. Entsprechende Anordnungen an die örtlichen Polizeidienststellen bewirkten in den südlichen Vororten ein schnelles Ende der Ausschüsse 56). Im Norden setzte sich Weitz nicht sofort durch. Obwohl er zuletzt am 19.5.1945 die Hamborner Polizei entsprechend angewiesen hatte, führte er am 28. Mai in einer Besprechung mit der MR Beschwerde über das "... aktive Treiben der Aktionsausschüsse" und der "schlappen Haltung der Hamborner Polizei" ihnen gegenüber. Weitz forderte deshalb die Entfernung des Leiters der Hamborner Polizei und bat die MR, ihn "bei der Ausrottung des Unfugs der 'Aktionsausschüsse' zu unterstützen ..." 57).

Ab Mitte Juni, nachdem die amerikanischen Truppen abgezogen waren und nun auch der Norden der Stadt dem britischen Verwaltungsstab unterstellt war, wurden die nördlichen Aktionsausschüsse aufgelöst 58).

Alles in allem trugen auch neben den repressiven Maßnahmen des OB und der MR die Integration und Zentralisierung der städtischen Verwaltung zur Beseitigung der antifaschistischen Aktionsausschüsse bei. Über die Einsetzung von Bezirksvorstehern, Beiräten und einer Stadtverordnetenversammlung nach dem alten Weimarer Muster gelang ihnen an dieser Stelle ein erster Schritt zur Wiederherstellung der Verwaltung als "Konstante bürgerlicher Ordnung".

### DIE "ANTIFASCHISTISCHE EINHEITSFRONT"

Bereits während der letzten Kriegsmonate hatten Gruppen ehemaliger Funktionäre der alten Gewerkschaften und Arbeiterparteien private Kontakte zueinander:

"Mit fiebernder Ungeduld erwartet eine verschworene Gemeinschaft der Nazigegner das Kriegsende. Rückschauend erinnern wir uns, was wir in den 12 Jahren des tausendjährigen Reiches erduldeten. Von der Gestapo pausenlos mißtrauisch beschattet, von den Nazis bössartig schikaniert. Immer wieder entstand eine schmerzhaftige Lücke, wenn wieder einmal einer der Freunde in das Räderwerk der Nazijustiz geraten war .... Wir hatten uns unsichtbar gemacht, um nicht noch in letzter Stunde in den Volkssturm - Göbbels letzte Wunderwaffe - eingereiht zu werden. Endlich am 12. April, schlägt die Todesstunde des Hakenkreuzes .... Vielleicht hat die Zeit, in der wir uns Ruhe gönnten, noch Stunden gezählt, vielleicht verstrich ein Tag. Aber dann handeln wir nach der Erkenntnis, daß die Götter vor die Tore des Erfolgs den Schweiß setzen .... Der Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisation beginnt. Es gilt Zerstörtes wieder aufzubauen, zerrissene Fäden wieder anzuknüpfen" 59).

Diese Erinnerungen sind aufgeschrieben von Gustav Sander und Oskar Triebel, zwei ehemaligen Gewerkschafts- und Parteifunktionären, die mit Wilhelm Pennekamp, Hans van der Meulen und Paul Manowski eine der erwähnten Gruppen bildeten\*.

\* Siehe folgende Seite

\* Gustav Sander, einer der bekanntesten Duisburger Gewerkschafter - nach zeitgenössischen Berichten "so'n richtiger Hafenkumpel" - trat bereits 1905 der Hafenarbeiter-Gewerkschaft bei. Ein Jahr später spielte er eine führende Rolle während des Hafenarbeiterstreiks und wurde zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. 1906 trat er der SPD bei und arbeitete zugleich als Gewerkschaftsfunktionär. 1918 leitete er den Rheinschiffer-Streik und kam erneut in Haft. Als sich 1918 der Duisburger Arbeiter- und Soldatenrat konstituierte, gehörte er zu seinen Mitgliedern. Von 1922 an war er Bevollmächtigter des Transportarbeiter-Verbandes und gehörte von 1926 - 1933 der Stadtverordnetenversammlung an. Am 2. Mai 1933 gehörte er zu den von der SA vorübergehend festgenommenen Duisburger ADGB-Funktionären. Danach zog er sich zurück, hielt jedoch informelle Kontakte zu Antifaschisten und wurde im Zusammenhang mit dem mißglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vorübergehend in Haft genommen.

Oskar Triebel gehörte bis 1928 als KPD-Vertreter der Stadtverordnetenversammlung und dem preußischen Provinziallandtag an und war Redakteur einer Duisburger KPD-Zeitung. Nachdem ihn die KPD 1929 aus der Partei ausgeschlossen hatte, wurde er 1929 in die Reichsleitung der KPO gewählt. Ab 1933 leistete er aktiven Widerstand - zusammen mit der SAP-Gruppe um Eberhard Brünen - und wurde am 23.3.1934 verhaftet und ins Moorlager transportiert. 1938/37 mußte er 4 Monate im KZ Oranienburg und einige Monate im KZ Sachsenhausen zubringen, 1944 verhaftete ihn die Gestapo anlässlich der Ereignisse des 20. Juli 1944. 1945 beantragte er seinen Wiedereintritt in die KPD, was diese jedoch ablehnte. Daraufhin trat er der SPD bei. Wilhelm Pennekamp war seit 1926 Mitglied des ZdA und bis 1933 Gastwirt im Duisburger Gewerkschaftshaus. Politisch gehörte er bis 1931 der SPD und ab 1931 der SAP an. Er leitete in der Zeit der Illegalität den Vertrieb sozialdemokratischer Widerstandsliteratur. 1935 wurde er verhaftet und zu 2 1/2 Jahren KZ-Haft verurteilt. 1945 trat er der SPD bei.

Hans van der Meulen war bis 1933 Betriebsratsvorsitzender auf der Niederrheinischen Hütte und politisch in der KPD organisiert.

Paul Manowski gehörte der SPD an und war vor 1933 gewerkschaftlich organisiert. 1949 - 1949 war er Sekretär der IG Metall, von 1949 - 1955 erster Bevollmächtigter in Duisburg. Von 1955 - 1972 war Manowski Bezirksleiter des IG Metall-Betriebs Essen.

Daten und Fakten nach:

Pietsch, H.; Antifaschistische ...; a.a.O.; S. 368f

Pietsch, H.; Militärregierung ...; a.a.O.; S. 119f

Bludau, K.; Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933 - 1945; Duisburger Forschungen, Bd. 16; Duisburg 1973

NRZ, 24.8.1946; und NRZ 21.9.1946

Int. Willi Schmidt, 9.12.1980

Int. Heinrich Schmitz, 2.12.1980

Sie verfügten über Kontakte zu anderen politischen Zirkeln, unter anderem zu einer Gruppe um den Kommunisten Hans Müller 60).

Soweit feststellbar, erarbeiteten sie bis Kriegsende keine Programme und Organisationsrichtlinien für die Nachkriegszeit. Gleichwohl machte sich unmittelbar nach Einstellung der Kriegshandlungen und der Kapitulation des NS-Regimes die Bedeutung ihrer Kontakte bemerkbar. Man nahm sofort Verbindung nach allen Seiten auf und verfügte rasch über eine relativ geschlossene Gruppe von Antifaschisten und Gewerkschaftern.

Neben dem "Ausschuß zur Wiedererrichtung einer Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer", der sich ab Anfang Mai um den Aufbau und die Genehmigung einer neuen Gewerkschaftsorganisation bemühte, arbeitete die Gruppe auf kommunaler Ebene ab Mitte Mai als "Antifaschistische Einheitsfront" 61). Währenddessen kamen weitere ehemalige sozialdemokratische und kommunistische Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre hinzu\*.

\* Willi Stock, von 1924 - 1929 Stadtverordneter der KPD, von 1946 - 1949 erster Bevollmächtigter der IG Metall Duisburg.

Rudolf Bondzio, ebenfalls ehemaliger KPD-Stadtverordneter und ab 1933 illegal tätig.

Gerhard Scholz, bis 1933 Mitglied der KPD, illegal tätig und 18 Monate KZ-Haft. Von 1946 - 1965 Kassierer der IG Metall Duisburg.

Anton Pütz, Mitglied des Arbeiterrates 1918/19, Stadtverordneter der SPD bis 1933.

Arthur Teich, bis 1933 Mitglied der SPD

Karl Kuron, bis 1933 Stadtverordneter der SPD und Betriebsratsvorsitzender der Rheinischen Stahlwerke Meiderich in den 20er Jahren, ab 1933 Mitglied der illegalen SPD-Organisation und des "Germania-Kreises", 1936 wegen "Vorberetung zum Hochverrat" verurteilt.

Karl Wehling, bis 1933 Mitglied der KPD.

Peter Göbel, bis 1933 Stadtverordneter der KPD.

Johann Tomberg, bis 1933 Mitglied der KPD und 18 Monate KZ-Haft.

Das Auftauchen des Namens Karl Wehling, Leiter des Ruhrorter Aktionsausschusses, deutet auf Verbindungen zwischen der "Antifa" und den örtlichen Ausschüssen hin. Zudem versuchte die Antifa-Gruppe von Beginn an, Einfluß auf die Entscheidungen der städtischen Verwaltung zu gewinnen. Dies geht aus einem Schreiben an OB Weitz vom 16.5.1945 hervor. Zunächst werden in dem Brief drei zentrale Probleme angesprochen: Hortungen von Lebensmitteln und anderer Mangelware durch ehemalige NSDAP-Mitglieder, fehlender Eifer von Polizeibeamten bei Durchsuchungen von Wohnungen alter Nazis und Verbreitung von Gerüchten, wonach nicht die "bankrotte Politik" des NS-Regimes, sondern die Beschlagnahmemaßnahmen der Besatzungsmacht für die Lebensmittelknappheit verantwortlich gemacht werden.

"Unsere Bestrebungen, üble Machenschaften, wie sie oben dargelegt waren, zu unterbinden, werden von den ausführenden Organen der Polizeiverwaltung nicht genügend unterstützt .... Wir müssen deshalb darum bitten, daß man uns in jeder Weise mehr Bewegungsfreiheit gibt" 62).

Die Ablehnung solcher Forderungen durch den OB und die MR sowie der zunehmende bürgerliche Einfluß auf die Duisburger Stadtverwaltung veranlaßten die Gruppe um Sander, Triebel, Pennekamp und Stock von Beginn an, in der Stadtverordnetenversammlung und in den Verwaltungsausschüssen auf die Verankerung antifaschistischer Maßnahmen zu achten.

Man sah sich darüber im klaren, daß die Beschränkung auf eine 'autonome' Arbeit der "Antifaschistischen Einheitsfront" zwangsläufig die politische Isolation zur Folge gehabt hätte. So mißlang es zwar, den Vorschlag einer verwaltungsmäßigen Erfassung aller Nazis zwecks Aufstellung einer "Arbeitsarmee" zum Wiederaufbau durchzusetzen. Der Einrichtung eines städtischen Entnazifizierungsausschusses für den öffentlichen Dienst, bestehend aus drei politisch Verfolgten und drei städtischen Beamten, mußte OB Weitz jedoch zustimmen. Die Personalpolitik in der Stadtverwaltung stellte gleichfalls ein Terrain möglichen Einflusses der Gewerkschafter dar. Neben den bereits geschilderten Anstrengungen, sich bei

der Besetzung von Beigeordnetenstellen und der Vergabe von Stadtverordnetenmandaten durchzusetzen, wurde auch die Besetzung der Stelle des Polizeidirektors durch eine antifaschistische Persönlichkeit angestrebt. Wie bei der Personalbesetzung überhaupt, mußten Sander, Stock, Pennekamp und Triebel allerdings in einem Brief an OB Weitz resümieren, daß es klar erkenntlich sei, wie man versuche, "... mit allen Mitteln den linksgerichteten Bewerbern die Tür zum Polizeidienst zu verschließen" 63). Gegenüber der bürgerlichen Dominanz beschränkten sich die Erfolge der Personalpolitik der Antifa-Gruppe auf die Besetzung der Stellen des AOK- und Arbeitsamtsdirektors, zweier Beigeordnetenstellen und des Dolmetscherpostens bei der MR 64).

#### DIE BEDEUTUNG DER ANTIFA FÜR DIE DUISBURGER ARBEITERBEWEGUNG

Mit dem Ausbau der örtlichen Verwaltungsorgane zu politischen Machtträgern der ersten Nachkriegsjahre konzentrierte sich das Wirken der Antifa-Gründungsmitglieder notwendig auf diesen Bereich. Sie setzten ihre Arbeit in der "Arbeitergruppe" und später - nach der Gründung der Parteien - in der "Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft" fort.

Verlor die "Antifaschistische Einheitsfront" infolge dieser Entwicklung eine ihrer wesentlichen Funktionen, so bestand sie doch bis 1947 fort. Nach einem Statut von Mitte 1946 verstand sie sich nunmehr als außerparlamentarische, alle parteigebundenen und parteilosen Antifaschisten umfassende Bewegung. Ihr Kampf galt der Vernichtung von Nationalsozialismus und Militarismus 65). So bot sie z.B. in einem Schreiben an OB Weitz vom 9.3.1946 ihre Mitarbeit im Entnazifizierungsausschuß an und wies auf die Bedeutung der "Bereinigungsarbeit" in der Stadtverwaltung hin 66).

Wie Sander/Triebel in ihrem Erlebnisbericht ansprechen, strebte derselbe Personenkreis, der die Antifa-Gruppe von Anfang an bildete, parallel zu der "Antifaschistischen Ein-

heitsfront" den Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation und die Gründung einer örtlichen Einheitsgewerkschaft an. Darauf machen die Bezeichnungen "Ausschuß zur Wiedererrichtung einer Einheitsgewerkschaft" und "Antifaschistische Einheitsfront, Untergruppe Gewerkschaftsbund" 67) aufmerksam.

Pietsch sieht diese Konzentration der Duisburger Antifa-Gruppe auf die Gewerkschaftsarbeit darin begründet, "daß die MR zwar politische Tätigkeit untersagte, zu den wiederholten Anträgen zur Gründung der Gewerkschaft im Mai aber eine positive Grundeinstellung zeigte" 68).

Die Aufbauarbeit der Gewerkschaft soll also gleichsam einen 'Freiraum' vorgefunden haben.

Diese Auffassungen von Pietsch erscheint dem Verfasser der vorliegenden Darstellung aus zwei Erwägungen nicht haltbar. Zum einen deuten der politische und gewerkschaftliche Erfahrungsschatz sämtlicher Gründungsmitglieder der Antifa, die zeitweiligen Namensgebungen sowie das Zitat von Sander/Triebel darauf hin, daß nicht erst nach dem Verbot der politischen Betätigung und der weitgehenden Zurückdrängung der Aktionsausschüsse und der "Antifaschistischen Einheitsfront", sondern von Beginn an, ungeachtet der je aktuellen Durchsetzungsbedingungen, eine Einheitsgewerkschaft gegründet werden sollte. Es käme einer Unterschätzung der historischen Herausbildung des Gedankens der Einheitsgewerkschaft gleich, seine Verwirklichung auf taktische Umorientierungen der antifaschistischen Gewerkschafter zurückzuführen zu wollen. Zum anderen ist die Behauptung eines gewissen politischen Freiraums bedenklich. Obwohl die MR angesichts ihrer zeitlich sich verzögernden Etablierung zunächst die Reorganisationstätigkeit gewerkschaftlicher Komitees duldete, kam es im Ruhrgebiet schon ab Anfang Mai zu ersten Verboten jeglicher Aufbauarbeit einer gewerkschaftlichen Organisation. Wie im folgenden noch darzustellen sein wird, gestaltete sich die Situation in Duisburg nicht wesentlich anders. Wenngleich auch in diesem Fall betriebliche Versammlungen und die Arbeit der Betriebsräte geduldet wurde, mußte der gewerkschaftliche Gründungsausschuß bis Ende Juli unter

halblegalen Bedingungen agieren.

Fragt man nach den grundsätzlichen Überlegungen, die der Behauptung von Pietsch zugrunde liegen, so gibt seine Ausgangsthese Aufschluß. Er geht davon aus, daß die Antifa-Ausschüsse die Chance einer alle Strömungen der Arbeiterbewegung umfassenden Gesamtbewegung dargestellt haben und in dieser Qualität "innovativ gegenüber den traditionellen Organisations- und Aktionsformen der Arbeiterbewegung" gewesen seien. Der Wiederaufbau der traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung sei sowohl als Reaktion auf den politischen Druck der Besatzungsmächte erfolgt, als auch mit dem "Berliner Kurs" der KPD, zunächst eine eigene Partei aufzubauen. Dies habe "autonome politische Bewegungen" verhindert und den Verlust an Dynamik nach sich gezogen<sup>69)</sup>.

Abgesehen von der lockeren Organisationsform der Antifa und der eng begrenzten programmatischen Orientierung - was die Antifa als ungeeignet für den Aufbau einer umfassenden Einheitsorganisation erscheinen ließ und einen Vergleich zu den Arbeiter- und Soldatenräten der Novemberrevolution unmöglich macht - erreichte die Antifa nur in der kurzen Interregnumszeit zwischen dem Verschwinden der Nazis und der Machtübernahme der MR politische Bedeutung. Mit der Wiedererrichtung örtlicher Verwaltungsstrukturen stellte sich vielmehr die Aufgabe, den Fehler der SPD von 1918 nicht zu wiederholen, den bürgerlichen Machtapparat weithin unangetastet zu lassen, sondern in diesen Organen den Einfluß von Arbeitnehmervertretern zu sichern und den der konservativen und restaurativen Kräfte zurückzudrängen. Anstelle 'autonomer' Komitees oder Ausschüsse bedurfte es also eines einheitlichen Vorgehens von christlichen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionären zur Besetzung der 'Schlüsselpositionen' in den Verwaltungen und Betrieben, das sich auf die frühe Entwicklung einer Einheitsgewerkschaft in den Betrieben und auf den politischen Willen in der arbeitenden Bevölkerung stützen konnte.

Daß dieser Weg möglich wurde - über die "Arbeitergruppe", die Einheitsgewerkschaft, die Betriebsobleute und die gemeinsamen Veranstaltungen und Kundgebungen -, dafür hatte die "Antifaschistische Einheitsfront" eine Voraussetzung geschaffen. Sowohl bei der Gründung der Einheitsgewerkschaft wie bei den Einigungsbestrebungen der beiden Arbeiterparteien konnte darauf aufgebaut werden.

## 2. DIE GRÜNDUNG DER "EINHEITSGEWERKSCHAFT DEUTSCHER ARBEITNEHMER GROSS-DUISBURG"

In den 12 Jahren der faschistischen Herrschaft wurden der deutschen Arbeiterbewegung politische und soziale Rechte genommen, die sie davor in jahrzehntelangen Kämpfen errungen hatte: das Koalitionsrecht, das Streikrecht, die Tarifautonomie und der 8-Stunden-Tag. Betriebsräte wurden abgeschafft und durch "Vertrauensräte" ersetzt. Mit dem Terrorakt vom 2. Mai 1933, der mit der Ermordung der Duisburger Gewerkschaftsfunktionäre Birck, Rentmeister, Rodenstock und Schlösser reichsweit seinen Höhepunkt erreichte<sup>70)</sup>, war den Nazis die Zerschlagung der Gewerkschaften gelungen. An die Stelle der Gewerkschaften trat die "Deutsche Arbeitsfront", gegründet am 10. Mai 1933. Sie bestand aus Arbeitnehmern und Unternehmern, die nun zu "Betriebsführern" und "Gefolgschaftsmitgliedern" ernannt wurden. Faktisch sollte die Deutsche Arbeitsfront dazu beitragen, Grundlagen und Voraussetzungen für eine "deutsche Volksgemeinschaft", insbesondere für eine "deutsche Wehrgemeinschaft" zu schaffen, und der Arbeiterschaft die Möglichkeit organisierten Widerstandes zu nehmen. Überdies strebte die Nazi-Partei mit Hilfe der Deutschen Arbeitsfront (DAF) eine stärkere Verankerung in der Arbeiterschaft an. In den Jahren vor 1933 hatte sich die NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) vergeblich darum bemüht. Bei den Betriebsratswahlen 1931 z.B. errang sie nur 3 - 5 % aller Stimmen und konnte auch

in Duisburg niemals Fuß fassen. Nach 1933 gelang ihr zwar mittels Terror die Zerschlagung vieler gewerkschaftlicher Widerstandskreise und die Verhinderung massenhaften Widerstandes, nicht jedoch eine Massenverankerung in den Betrieben.

### DIE ERSTEN TREFFEN VOR DER GRÜNDUNG

Analog zu den ersten Reorganisationsschritten im Ruhrgebiet kam in Duisburg dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft gleichsam alltägliche und selbstverständliche Bedeutung zu. In den ersten Sitzungen "... wurden alle politischen Belange zurückgestellt, weil alle Teilnehmer nur den einen Wunsch hatten, das große Werk einer einheitlichen Gewerkschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter in ganz Deutschland zu schaffen" 71).

Bereits seit dem 16. April fanden erste Beratungen auf zentraler Ebene statt. Für den Bereich nördlich der Ruhr in der Ruhrorter Wohnung der Kollegin Niederhellmann\* und für den Bereich südlich der Ruhr in der Wohnung des Kollegen Pennekamp. Trotz der schlechten Verkehrsverhältnisse hatte man bereits Verbindung zueinander aufgenommen, die vor allem über Karl Kuron aufrechterhalten wurde\*\*. "In diesen zwei Behausungen ist die Geburtsstätte der neu geschaffenen Gewerkschaftsorganisation. Eine Besprechung folgte der anderen und erst die Sperrstunde abends um 8 Uhr setzte dem Arbeitseifer ein Ende" 72).

\* Hanna Niederhellmann war von Beruf Lehrerin, gehörte vor 1933 der SPD an und baute ab 1933 in der Hamborner Brotfabrik "Germania" eine illegale sozialdemokratische Organisationszentrale auf. Mit der Aufdeckung dieses Widerstandskreises wurde sie 1935 verhaftet.  
Vgl. Bludau, K.; o.a.O.; S. 25 f und 37

\*\* Kuron verunglückte in Wahrnehmung dieser Aufgabe tödlich.

Neben dem bereits im Zusammenhang mit der Antifa-Gruppe genannten Personenkreis gehörte dieser ersten Aktivistengruppe noch Adam Dienst\*.

In einem Fragebogen des DGB-Ortsausschusses Duisburg vom 1.7.1949 zum "Neuaufbau der Gewerkschaften ab Mai 1945" werden erste Zusammenkünfte gewerkschaftlicher Funktionäre bereits ab dem 14. März angegeben. Da zu dieser Zeit noch im gesamten Stadtgebiet die Nazis herrschten, wird dies ein Hinweis auf die illegalen Zusammenkünfte in den letzten Kriegsmonaten sein.

Ebenso macht dieser Hinweis auf die Tatsache aufmerksam, daß es im Duisburger Norden bereits Ende März/Anfang April, nach dem Einmarsch der US-Truppen, erste Zusammenkünfte gegeben hat. Diese Initiativen kamen insbesondere aus den Zechenbetrieben und entsprachen den raschen Reorganisationsschritten der Bergbau-Gewerkschaft im gesamten nördlichen Teil des Ruhrgebietes 73). Auf der Zeche in Neumühl beispielsweise gab es schon um den 29. März Protestaktionen gegen die versuchte Einführung einer 12-Stunden-Schicht 74). In diesem Zusammenhang tauchen die Namen Karl van Berk und Heinrich Müßig\*\* auf, die den Neuaufbau der Bergbau-Gewerkschaft im Duisburger Norden wesentlich trugen.

Auch in den Baubetrieben des Nordens verliefen die ersten Reorganisationsschritte in diesem Sinne: "... es fing in den Betrieben an. Wer nach Hause kam, ging erst einmal zu einem Betrieb, der noch existierte; und dann bildeten sich sofort, wenn die ersten zehn Mann zusammen waren, Betriebsvertretungen in irgendeiner Form .... Denn aus den Betrieben heraus kam die Organisation" 75).

\* Adam Dienst war vor 1933 SPD-Stadtverordneter und Sekretär der Binnenschiffer im Gesamtverband der Arbeitnehmer. Von 1945 - 1953 war er Sekretär der ÖTV.

\*\* Karl van Berk war vor 1933 Betriebsratsvorsitzender auf "Westende" und nach 1945 Sekretär der IG Bergbau zunächst in Hamborn, dann in Bochum in der Organisationsabteilung und später Bezirksleiter in Aachen und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Bergbau. Heinrich Müßig war später 1. Bevollmächtigter der IG Bergbau in Hamborn.

Diese Organisation sollte nicht auf einen Industriezweig beschränkt bleiben. Deshalb war die Hamborner Berufsschule der Treffpunkt für die aktivsten Gewerkschafter des Duisburger Nordens. Dort waren beteiligt die erwähnten Kollegen van Berk und Müßig sowie Reitz und Lachnit als weitere Bergbau-Gewerkschafter, Rohde, Willersen und Jankowski aus den Baubetrieben und Nickel und Radtke als Metallarbeiter. Insgesamt beriet ein Kreis von etwa 20 Teilnehmern über den Aufbau der neuen Gewerkschaftsorganisation <sup>76)</sup>.

#### FÜR EINE GENEHMIGUNG DER EINHEITSGEWERKSCHAFT IM MAI 1945

Ab Anfang Mai trat der Aufbau in eine neue Phase. Die ersten Beratungen in Ruhrort, Hamborn und Stadtmitte waren abgeschlossen und ein erster Forderungskatalog erstellt: Einstellung rückkehrender Soldaten, Urlaub für die Arbeiter, Löhne für Aufräumungsarbeiten, Weiterzahlung der Unterstützung für Kriegsteilnehmer, Aufstellung von Betriebsvertretungen anstelle der geflüchteten Nazi-"Vertrauensleute" und, in der Hauptsache, Entnazifizierung der Betriebe <sup>77)</sup>. Auf betrieblicher Ebene gab es bereits zahlreiche gewerkschaftliche Aktivitäten zur Durchsetzung dieser Forderungen.

Nun folgten die ersten Anträge an die MR zur Genehmigung einer Einheitsgewerkschaft für den gesamten Duisburger Raum.

Am 5. Mai unternahm der Kollege Mathias Föcher <sup>\*</sup> in einem Brief an die MR einen eigenständigen Vorstoß, was darauf hindeutet, daß zu diesem Zeitpunkt der gewerkschaftliche Gründungsausschuß noch ausschließlich von Sozialdemokraten und Kommunisten gestellt wurde. In seinem Brief forderte

<sup>\*</sup> Mathias Föcher war bis 1933 Verbandssekretär der Hauptverwaltung und Reichsjugendleiter des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes, später stellv. Vors. des DGB.

Föcher die Zurückgabe des gewerkschaftlichen Eigentums, das die DAF sich 1933 angeeignet hatte, einschließlich der verschiedenen Geschäftsstellen, soweit sie noch vorhanden waren. Zudem verwies er auf das große Interesse der Arbeiter an der Wiederaufnahme gewerkschaftlicher Arbeit und auf den starken Drang nach Entnazifizierung der Betriebe und bat die MR um ein Gespräch über diese Punkte <sup>78)</sup>.

Bereits einen Tag zuvor, am 4. Mai, hatte sich Gustav Sander im Namen des Gründungsausschusses an die MR gewandt und um die "Genehmigung zur Errichtung einer Einheitsorganisation für die Arbeitnehmerschaft" gebeten <sup>79)</sup>.

Beide Versuche blieben jedoch bis Ende Mai ohne Erfolg, da die Antwort der MR ausblieb.

Zwischenzeitlich hatte sich eine vorläufige Leitung der Einheitsorganisation als "Ausschuß zur Wiedererrichtung einer Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer" konstituiert. Sie setzte sich zusammen aus den Sozialdemokraten und Kommunisten Stock und Sander als Vorsitzende, Nickel <sup>\*</sup> (Kassierer rechts der Ruhr), Dienst (Kassierer links der Ruhr), Scholz (Kassierer links der Ruhr), Wehling (Revisor rechts der Ruhr), Niederhellmann (Revisorin rechts der Ruhr) und Kuron (Schriftführer rechts der Ruhr) <sup>80)</sup>.

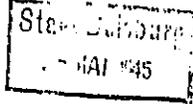
Am 18. Mai startete der Ausschuß, nun bereits mit schriftlicher Unterstützung des christlichen Gewerkschafters Kaes, einen erneuten Versuch. Angesichts der Genehmigung eines Wirtschaftsausschusses der Unternehmer seitens der MR, der sogar schon einen Lohnabbau für Arbeiter und Angestellte beschlossen hatte, sei es "... unbedingt erforderlich, daß auch Vertreter der Arbeitnehmerschaft zugelassen werden". Gleichzeitig wurde um die Erlaubnis von Versammlungen mit jeweils 40 - 50 Betriebsratsmitgliedern und den Mitgliedern des Gründungsausschusses gebeten <sup>81)</sup>.

Am 23. Mai reagierte die MR erstmals. In einer Anordnung an alle örtlichen Detachments der Nordrhein-Provinz wird darauf verwiesen, daß Versammlungen mit mehr als 6 Personen verbo-

<sup>\*</sup> Alois Nickel war kommunistischer Bürgervertreter in Hamborn. Später Betriebsrats-Vorsitzender bei Petri & Co.

Abb. 5

Duisburg, 5<sup>th</sup> Mai 1945.



Abschrift

The Military Government,

Duisburg

The suscribed, who was still 1933 secretary of the administration and leader of the youth of the Christian metal worker's union wish to have a conference to clear the following questions:

1.) fortune of the unions, which was dissolved at 1933.

a) By a visitation of our houses and landed, I habe seen an heard, that the deutsche Arbeitsfront, union snached away in 1933 the fortune of the unions, had baught houses and probably landed. There I know, that the hous 4a Hindenburgstrasse was baught to the Reichsbahn and a other hous, 11 Pulverweg to a privateman.

b) The offices of the deutsche Arbeitsfront have taken the greater part of the furniture. By visitation of the different offices I saw now, that a great part of this furnitures are stolen. Nowhere there are typewriters a.s.o.

2.) Work of the union.

It is intelligible, that the workers are interesting on the resumption of the work of the union. Particular they wish to hear an thing of the reorganisation of the laws of the stores and the cleanse of the managements and the public establishments from the influence of the nazis.

Our members should be grateful, if you should give me the occasion to speak over all this questions with you. Therefor I wish to beg you,

Der Unterzeichnete, bis 1933 Verbandssekretär der Hauptverwaltung und Reichsjugendleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes bittet Sie hierdurch um eine Unterredung in folgenden Fragen:

1.) Vermögen der 1933 aufgelösten Gewerkschaften.

a) Bei einer Besichtigung unserer Häuser und Liegenschaften wurde mitgeteilt, dass die deutsche Arbeitsfront, der das den Gewerkschaften entrissene Vermögen zugeschanzt wurde, Häuser und auch wohl Grundstücke anderweitig veräußert hat. So wurde unser Haus, Hindenburgstr. 4a an die Reichsbahn verkauft, ein anderes Haus, Pulverweg 11 an eine Privatperson.

b) Die in Duisburg vorhandenen Geschäftsstellen der deutschen Arbeitsfront sind mit einem erheblichen Teil mit Mobiliar der Gewerkschaften ausgestattet worden. Bei Besichtigung verschiedener Geschäftsstellen habe ich festgestellt, dass bereits in erheblichem Masse diese Einrichtungen beseitigt, also wohl gestohlen wurden. Nirgendwo sind Maschinen, Schreib-, Additionsmaschinen und Verfielfältigungsapparate vorhanden.

2.) Gewerkschaftsarbeit.

Es ist verständlich, dass die Arbeiter wesentlich mitinteressiert sind an der Wiederaufnahme der alten gewerkschaftlichen Arbeit. Besonders spielen augenblicklich eine grosse Rolle die Wiederbelebung des Betriebsrätegesetzes, der Säuberung der Betriebe und öffentlichen

politely to give me a date, of what you shall have time for me.

Organe vom nationalsozialistischen Einfluss.

Unsere Mitglieder würden es dankbar begrüßen, wenn mir Gelegenheit würde, diese und andere Fragen des Gewerkschafts- und Soziallebens zu besprechen.

Ich bitte Sie deshalb, mir doch einen Termin für diesen Zweck festhalten und mitteilen zu wollen.

*Kampf Führer*

*per Odr  
Karl Schmidt  
Bauverein  
Graeceler*

*The Government*

*Stacy*

*The question of re-organizing the  
administration of trade unions has already  
been referred to my superior authority for  
decision.*

*f. - P. K. ...*

*1.3 amand May  
60 ... MG*



ten bleiben und gewerkschaftliche Organisationen nicht gegründet werden dürfen 82).

Trotz einer nochmaligen Eingabe des Gründungsausschusses vom 24. Mai teilt die MR dem OB Weitz am 7. Juni mit, daß die Frage einer Gewerkschaftsgründung "nicht entscheidungsreif sei und frühestens in 3 Wochen wieder vorgelegt werden könne". Zudem bestehe nach wie vor die Anordnung, "daß nicht mehr als 6 Personen ohne ausdrückliche Genehmigung der MR zusammenkommen dürfen ...", weshalb es ihm, OB Weitz, nicht erlaubt sei, den Gewerkschaften im Rathaus einen Raum für Zusammenkünfte zur Verfügung zu stellen 83).

All dies geschah zu einer Zeit, da der Industrie- und spätere Wirtschaftsausschuß genügend Spielraum vorfand, sich zu reorganisieren. Seit dem 14. April fanden regelmäßige Sitzungen mit bis zu 15 Teilnehmern statt, die ab Anfang Juni bereits als Versammlungen der Industrie- und Handelskammer verliefen.

Angesichts dieser Tatsache erschien die Notwendigkeit einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation umso dringender. So setzte sich die Arbeit unter halblegalen Bedingungen fort.

#### DIE EINHEITSGEWERKSCHAFT IN DER HALBLEGALITÄT VON MAI BIS JUNI 1945

"Nun hatten die Besprechungen so an Zahl und Umfang zugenommen, daß der Raum einer Privatwohnung zu eng wurde" 84). Ende Mai/Anfang Juni bezog der Gründungsausschuß in einem Raum der Ortskrankenkasse sein erstes Büro, ausgestattet mit Büroeinrichtungsgegenständen und -materialien aus privatem Besitz der Gewerkschafter. Frühere, von den Nazis angeeignete Gewerkschaftshäuser und -räume wurden dem Gründungsausschuß von der MR nicht wieder übergeben 85). Da die "Bonzen der gewesenen Arbeitsfront ... nur leere Kassen" 86) hinterließen, wurde bereits ab Mitte Mai 1945 trotz des Verbots durch die MR mit der Beitragskassierung begonnen. Sie wickelte sich noch nicht geregelt über

Beitragsbücher und -marken ab, sondern die Beiträge wurden zunächst als 'freiwillige Spenden' in den Betrieben listenmäßig erfaßt 87). Überdies hatte der Gründungsausschuß mit seiner Konstituierung am 14.5.1945 gleich ein erstes Rundschreiben an alle Betriebsobleute versandt. In ihm wird über die Kassierung hinaus festgelegt, daß "Arbeitgeber ... in der neuen Einheitsgewerkschaft keine Aufnahme" finden. Diese Absage an die Konzeption einer Aufrechterhaltung der DAF-Organisationsstruktur ging einher mit der Feststellung, daß es "die vornehmste Aufgabe der Arbeiterschaft" sei, "für die restlose Beseitigung aller Überreste des Nationalsozialismus Sorge zu tragen". Angesichts der regen Tätigkeit des Industrieausschusses sollte die neue Einheitsgewerkschaft ein "Instrument für die Abwehr der Unternehmerwillkür" sein 88).

Während das erste Rundschreiben der provisorischen Leitung noch von dem Sozialdemokraten Sander und dem Kommunisten Stock unterzeichnet worden war, teilte ein zweites Rundschreiben am 1. Juni mit, daß in "Anlehnung an das früher bestandene Stärkeverhältnis der beiden Gewerkschaftsrichtungen ... die christlichen Kollegen Mathias Föcher, Hans Andermahr und Josef Müller in die Organisationsleitung übernommen worden" seien.

Aufnahme in die Organisation sollten fortan alle Arbeitnehmer finden, die unbelastet von der Nazi-Ideologie waren, "ohne Unterschied der Weltanschauung und Konfession" 89).

Ein zweites Merkmal der neuen Einheitsgewerkschaft war ihre starke betriebliche Anbindung. Bereits mit dem ersten Rundschreiben vom 14. Mai stellte der Gründungsausschuß die enge Verbindung zu den aktiven Gewerkschaftern der Duisburger Großbetriebe und somit zu deren Belegschaften her. Den zu diesem Zeitpunkt bereits wieder in fast allen Betrieben operierenden Betriebsräten sollte durch diesen Schritt eine "machtvolle Organisation" zur Seite gestellt werden 90).



So wirkten ab Mitte Mai zusätzlich zu den Betriebsvertretungen der Belegschaften Betriebsobleute der Einheitsgewerkschaft - zumeist waren sie personell identisch - , die den Kontakt zur Zentrale hielten und gleichzeitig die ersten gewerkschaftlichen Aufgaben wie Mitgliederwerbung, Beitragskassierung, Verbreitung von Informationen und Schulungsarbeit wahrnahmen.

Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn beispielsweise gab es bereits im Mai einen Hauptkassierer für den gesamten Betrieb, der mit Kassierern anderer Bereiche zusammenkam und regelmäßigen Kontakt zum verantwortlichen Kassierer der Einheitsgewerkschaft für den Bereich nördlich der Ruhr, Alois Nickel, hielt <sup>91)</sup>.

Die Bergbau-Gewerkschafter organisierten zu dieser Zeit erste Diskussionskreise. Dort vermittelten die 'alten' Kollegen mittels früherer Materialien den 'Jungen' die Grundlagen gewerkschaftlicher Arbeit <sup>92)</sup>.

Sämtlichen Schritten zur Ausbreitung der Einheitsorganisation - die ersten zentralen Beratungen, der Verlauf der Beitragskassierung und die Rundschreiben an die Obleute aller Betriebe - ist ein drittes Merkmal eigen. Die berufliche und branchenmäßige Herkunft der Gewerkschafter spielte eine untergeordnete Rolle. Angestrebt wurde der Aufbau einer einheitlichen Gewerkschaft, die zwar unterteilt sein sollte in Berufs- bzw. Industriegruppen, sich jedoch deutlich von dem Konzept der autonomen Industriegewerkschaften nach britischem Modell unterscheiden sollte <sup>93)</sup>.

Neben diesen ersten Schritten zur Ausbreitung der Organisation nahm der Gründungsausschuß im Mai und Juni 1945 erste Aufgaben der Interessenvertretung wahr. Bereits vor seiner Konstituierung führten seine späteren Mitglieder gemeinsam mit den Betriebsvertretungen erste Verhandlungen mit Duisburger Unternehmern. Mitte Mai z.B. konnte der Gründungsausschuß den OB Weitz veranlassen, den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Demag-Direktor Schulze, aufzufordern, demnächst die Gewerkschaftsvertreter als Verhandlungspartner

anzuerkennen <sup>94)</sup>. Zudem sah sich Weitz auf Druck des Gründungsausschusses gezwungen, den Versuch des Direktors der Rheinisch Westfälischen Speditionsgesellschaft zurückzuweisen, den Arbeitern nur 60 % ihres zustehenden Lohnes auszahlten und 40 % auf ein Sperrkonto zu überweisen. Dieser mußte auf die gewerkschaftliche Forderung nach Zahlung des vollen Lohnes eingehen <sup>95)</sup>.

Analog den Aktivitäten der "Antifaschistischen Einheitsfront" versuchte der Gründungsausschuß, Einfluß zu gewinnen auf die Säuberung der Betriebe und öffentlichen Verwaltungen von Nazis und auf die Neubesetzung freigewordener Stellen. Im Sinne des Briefes von Föcher an OB Weitz, der eine "radikale Säuberung an Haupt und Gliedern" gefordert und den schleppenden Verlauf als beunruhigend bezeichnet hatte <sup>96)</sup>, erschien es dem Ausschuß notwendig, den OB auf einige besonders krasse Fälle hinzuweisen und dessen sofortiges Handeln einzufordern:

- Bei der Duisburger Polizei sei noch ein Hauptmann im Amt, der als ehemaliger Beisitzer des SS-Polizeigerichtes in Düsseldorf mitverantwortlich sei für zahlreiche Justizmorde.
- Ein Kaffeehausbesitzer an der Königstraße, bekannt für seine Spitzeldienste für die Gestapo, habe ein weiteres Lokal zugesprochen bekommen.
- Ein Restaurantbesitzer, früher Eigentümer eines Weinlokals, in dem die Nazis Freytag, Loch u.a. ihre Orgien in "widerlich, ekelhafter Weise" gefeiert haben, könne auf die Zuteilung einer Konzession hoffen.
- Einer der Urheber des Mordes an den vier Gewerkschaftern im Mai 1933 im Duisburger Gewerkschaftshaus sei erst auf wiederholtes Drängen von Antifaschisten von seinem Posten im Amt für Raumbewirtschaftung entfernt und verhaftet worden.

Außerdem veranlaßte der Fall des Leiters der Allgemeinen Ortskrankenkasse, ein ehemaliges Mitglied der NSDAP und des Förderkreises der SS, den Ausschuß, dessen sofortige Entlassung und die Berufung eines Arbeitervertreters zum neuen

Leiter zu fordern<sup>97)</sup>. Föchers Kritik zielte in die gleiche Richtung, indem er konstatierte, daß die "Durchführung der Säuberungsaktion vielfach in der Hand von Personen liegt, die selbst befangen sind".

Obgleich sich die Erfolge der Einheitsgewerkschaft hinsichtlich der Entnazifizierung und Einflußgewinnung auf öffentliche Verwaltungsstellen im allgemeinen gering ausnahmen, gelang es, die Stelle des AOK-Leiters mit einem christlichen Gewerkschafter zu besetzen<sup>98)</sup>.

Hier zeigt sich, daß der gewerkschaftliche Gründungsausschuß seine Funktion nicht auf die einer betrieblichen Schutzmacht gegenüber der unternehmerischen Willkür beschränkte. Parteipolitische und religiöse Neutralität galten ihm offenkundig nicht als politische Enthaltensamkeit.

Diese Auffassung spiegelt sich auch in dem hohen Aktivitätsgrad Duisburger Gewerkschafter im Rahmen der wiedererrichteten kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen wider. In der Stadtverordnetenversammlung finden sich fast alle bislang erwähnten Kolleginnen und Kollegen als Mitglieder der "Arbeitergruppe"<sup>99)</sup>. Zeichneten sich die antifaschistischen Aktionsausschüsse und die "Antifaschistische Einheitsfront" bereits durch eine weitgehende personelle Identität mit den Gründungsmitgliedern und aktiven Gewerkschaftern aus, so setzte sich diese nun auf kommunalpolitischer Ebene fort.

Von der ersten Stadtverordnetensitzung an versuchten Sander, Stock, Triebel, Föcher, Göbel, Pennekamp, Andermahr und andere, die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur gesellschaftlichen Neuordnung und zur Behebung der aktuellen sozialen Not gegenüber der MR durchzusetzen.

Die kommunalpolitischen Initiativen zeigen, daß bis zum Juli 1945 eine politische Einheitlichkeit und Kontinuität der neuen Einheitsorganisation erreicht war. Und der hohe Grad an organisatorischer Stabilität und Verankerung in der Arbeitnehmerschaft war zu diesem Zeitpunkt eine Seltenheit für die Nordrhein-Provinz und das Ruhrgebiet<sup>100)</sup>.

Trotz erzwungener Halblegalität und einer gewissen Stagnation bei den zentralen Initiativen des Gründungsausschusses ab Mitte Juni, hatten sich in den Duisburger Betrieben vie-

le Arbeitnehmer in der Einheitsgewerkschaft organisiert, so daß sich im Anschluß an die Gründungsversammlung Ende Juli binnen weniger Monate 60.000 von insgesamt 88.000 Arbeitern, Angestellten und Beamten in Duisburg für die neue Gewerkschaftsorganisation registrieren ließen\*.

#### GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DER "EINHEITSGEWERKSCHAFT DEUTSCHER ARBEITNEHMER GROSS-DUISBURG" IM JULI 1945 UND DAS ENTSTEHEN EINER MASSENORGANISATION AB AUGUST 1945

Mit der Direktive "Policy for Formation of Trade Unions in the British Zone" vom 5. Juli 1945 ging die MR dazu über, den Gewerkschaften ein umständliches Lizensierungs- und Kontrollverfahren aufzuerlegen. Sie sicherte sich so die Möglichkeit eines steten Eingreifens in den gewerkschaftlichen Aufbauprozeß. Entsprechend ihrem später veröffentlichten Drei-Phasen-Plan, der die Vorschriften vom 5. Juli der I. Aufbau-Phase zuordnete<sup>101)</sup>, sollten die Gewerkschaften einen Antrag zur Abhaltung einer gewerkschaftlichen Gründungsversammlung einreichen; unter Angabe der Personalien der Einberufenden, des Ziels der Versammlung und des angesprochenen Teilnehmerkreises. Nach einer ersten Versammlung mußte das Protokoll zur erneuten Überprüfung vorgelegt werden. Erst nach der Genehmigung dieses Protokolls konnte die Organisation ihre Tätigkeit aufnehmen und in die II. Aufbau-Phase - Mitgliederwerbung, Beitragskassierung, öffentliche Versammlungen, Propaganda - eintreten. Die Genehmigung wurde nur dann erteilt, wenn die Gründungsversammlung politische Fragen und Aktivitäten sowie Probleme der Arbeitszeitregelung und Lohnzahlung ausgespart hatte. Entsprechend diesem Verfahren fand am 26. Juli 1945 in Duisburg die Gründungsversammlung statt, die erste im Ruhrgebiet nach den neuen Vorschriften. Dies entsprach der Tendenz

\* Das war ein Organisationsgrad von 68,18 %; vgl. Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer, S. 7

wonach "Anträge ... zuerst da gestellt (wurden), wo die Gewerkschaften in der Halblegalität schon eine gewisse Konsolidierung erreicht hatten" <sup>102)</sup>.

Angesichts der Vorschriften ist es selbstverständlich, daß das Protokoll der "Vertreterversammlung der Einheitsgewerkschaft deutscher Arbeitnehmer für den Stadt- und Landkreis Duisburg" keine Vorstellungen zur wirtschaftlichen und politischen Neuordnung enthielt und sich durch die vorsichtigen Formulierungen der Redner und des verabschiedeten Programms auszeichnete.

Bereits zu Anfang der unter den Augen des MR-Vertreters Smith ablaufenden Gründungsversammlung betonte Versammlungsleiter Sander den "rein formellen Charakter" und wies auf künftige Versammlungen hin, auf denen man hoffentlich die Möglichkeit habe, sich "ungehindert auszusprechen".

Das beschlossene Programm beschränkte sich auf die allgemeine Bestimmung der gewerkschaftlichen Schutzfunktion in Fragen der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Entlohnungsformen, der Lohnhöhe, der beruflichen und geistigen Weiterbildung der Mitglieder sowie in "allen Wechselfällen des Leben".

Aktuelle Forderungen wurden, bis auf den Passus "Betriebsvertretungen wirken mit bei Einstellungen und Entlassungen", nicht erhoben.

Hinsichtlich der Organisationsform ging das Programm von einer einheitlichen Organisation aus, die sich nach Fachgruppen gliedert. Dies entsprach der bestehenden Praxis, wonach die 160 Delegierten als betriebliche Vertreter der einzelnen Industrie- bzw. Fachgruppen anwesend waren. Insgesamt gab es zum Zeitpunkt der Gründungsversammlung bereits folgende Industrie- bzw. Fachgruppen: Bau; Bergbau; Chemie, Papier, Keramik; Gartenbau; Land- und Forstwirtschaft; Graphisches Gewerbe; Holz; Metall; Musik und Bühne; Nahrung und Genuß; Öffentliche Dienste; Textil und Bekleidung und Leder. Sie hatten sich in ihrer Mehrheit noch nicht organisatorisch rekonstituiert, sondern zunächst in lockerer Form zusammengeschlossen.

Entsprechend der weiteren Verwirklichung des Einheitsgedankens setzte sich das gewählte Leitungskomitee aus folgenden Kollegen zusammen (in Klammern die politische bzw. gewerkschaftliche Herkunft von vor 1933): Sander (SPD), Pennekamp (SAP), Triebel (KPO), Stock (KPD), Föcher und Andermahr (Christliche Gewerkschaften). An der anschließenden Aussprache beteiligten sich: Stock, Föcher, Späth (Betriebsratsvorsitzender des Eisenwerkes Meiderich-Mülheim, KPD), Niehüser (Betriebsrat in den Kommunalbetrieben, KPD), Kombert (bis 1933 Vorsitzender des Holzarbeiter-Verbandes, ab 1945 Betriebsrats-Vorsitzender der Meidericher Schiffswerft, SPD), van der Meulen, Lachnit, Völking (Vertreter der Reichsbahner) und Sander.

In der Diskussion über das Programm wurde auf die antifaschistische Tradition der Gewerkschaften, die anstehende Entnazifizierung der Betriebe und Verwaltungen und die Ergründung der Einheitsgewerkschaft hingewiesen. Obgleich die thematische Gewichtung und die Wortwahl der einzelnen Redner auf ihre unterschiedliche politische Herkunft schließen lassen, bestand in diesen drei Punkten Übereinstimmung. Insofern stellte die neue Einheitsorganisation mehr als eine organisatorische Hülle dar <sup>103)</sup>.

Und so stehen der Behauptung von Pietsch, die christlichen Gewerkschafter seien um den Preis der politischen Neutralität der Einheitsgewerkschaft einbezogen worden <sup>104)</sup>, die gemeinsamen antifaschistischen und gewerkschaftlichen Vorstellungen entgegen. Diese wurden nicht aus Gründen der Taktik in den Vordergrund gestellt, sondern wegen ihrer aktuellen politischen Bedeutung.

Daß auch Föcher, ebenso wie seine sozialdemokratischen und kommunistischen Kollegen, von diesem Denken geprägt war, beweist unter anderem folgender Ausschnitt aus seinem Redebeitrag auf der Gründungsversammlung:

"Diese neue Bewegung (der Einheitsgewerkschaft, d. Verf.) ist der gewaltige Gegenpol gegen jene unsoziale Haltung weiter Wirtschaftskreise, die so viel Unheil in das deutsche Leben trug, ein Beweis erschreckender Unreife wirtschaftsführender Personen war und darüber hinaus die Grund-

ursache des gegenwärtigen Verhängnisses gewesen ist" <sup>105)</sup>. Ebenfalls ungenau ist die Behauptung von Pietsch, daß "... eine Identifizierung der Unternehmer mit den Nationalsozialisten ... den veröffentlichten Dokumenten ... nicht zu entnehmen sei" <sup>106)</sup>.

Obgleich dies auf das erste Programm aus den angeführten Gründen zutrifft, ist die anschließende Aussprache bei Anwesenheit eines MR-Vertreters bereits von weitergehenden Aussagen geprägt. Der Kollege Späth beispielsweise faßt die von Föcher allgemein formulierte Auffassung in folgende Worte:

"Ich bitte (als Vertreter der Metallarbeiter) uns bei der Beseitigung der alten Wirtschaftsführer, die 12 Jahre Unterdrückung, Krieg und Verbrechen unterstützt haben, behilflich zu sein. Wir werden unsere Gesuche mit den nötigen Zeugen und mit Material belegen" <sup>107)</sup>.

Zum Ende der Versammlung wies Sander nochmals auf den begrenzten Rahmen der Diskussion hin und sagte zur Erklärung der Situation, daß "wir ... keine Revolution gewonnen, sondern einen Krieg" verloren haben. Insofern sei es ein erster wichtiger Schritt, "daß heute eine Organisation aus der Taufe gehoben wurde, in der eine jahrzehntelange Sehnsucht der Arbeiter nach Zusammenschluß verwirklicht wurde" <sup>108)</sup>.

Eine erste Folge der Gründung der "Einheitsgewerkschaft Deutscher Arbeitnehmer Groß-Duisburg" war die Organisierung der Mitgliederwerbung, die in kurzer Zeit eine Massenorganisation der Arbeitnehmerschaft entstehen ließ.

Damit einher ging die Einführung der ordentlichen Beitragskassierung ab dem 1.10.1945 <sup>109)</sup> - trotz der ausstehenden Genehmigung der MR zum Eintritt in die II. Aufbau-Phase. Überdies begannen die einzelnen Fachgruppen ihre organisierte Tätigkeit aufzunehmen und eigene Büros einzurichten, einige schon im Herbst 1945, so etwa die Buchdrucker, andere erst im Frühjahr 1946.

All dies - Mitgliederwerbung, Beitragskassierung, Fachgruppenarbeit - verlief nach dem Konzept der Einheitsgewerk-

schaft, über die zentrale örtliche Organisation <sup>110)</sup>. Ebenso verhielt es sich mit den weiteren Aufbausritten.

"Das von uns angestrebte Ziel war und blieb die Errichtung einer Einheitsgewerkschaft" <sup>111)</sup>.

Da die Genehmigung des Gründungsprotokolls durch die MR und somit die Genehmigung des Eintritts in die II. Aufbau-Phase auch im Herbst 1945 noch ausstand <sup>112)</sup>, nahm das gewählte Leitungskomitee Kontakt auf zu gewerkschaftlichen Organisationen der Nachbarstädte der Nordrhein-Provinz, und zum "Siebener Ausschuß", über den sich die Verhandlungen mit der MR vermittelten <sup>112a)</sup>

An diesem Punkt führte die MR eine erneute Verzögerung des gewerkschaftlichen Aufbaus herbei, indem sie anstelle der Errichtung von zentralen Einheitsgewerkschaften den Aufbau autonomer Industrieverbände verlangte und nur unter dieser Voraussetzung den Eintritt in die II. Phase erlauben wollte <sup>113)</sup>.

### 3. DIE ROLLE DER BETRIEBSRÄTE 1945

So, wie die "Londoner Programmvorschläge"\* die betrieblichen und örtlichen Ausschüsse der Arbeiterschaft als ersten Reorganisationsschritt der neuen Gewerkschaftsbewegung angesehen hatten, entwickelte sich in den ersten Nachkriegsmonaten ein System von Belegschaftsvertretungen, deren Funktion über die soziale Interessenvertretung hinausging.

In Duisburg, wo bereits illegale Gruppen ehemaliger Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre tätig gewesen waren, entstanden rasch wieder Arbeitervertretungen in den Betrieben, so daß der gewerkschaftliche Gründungsausschuß bereits in seinem ersten Rundschreiben vom 14. Mai 1945 feststellen konnte, daß "in fast allen Betrieben ... nun wieder Betriebsräte ins Leben gerufen worden" seien<sup>114)</sup>.

Als einer der Hauptträger der gewerkschaftlichen Reorganisation auf betrieblicher Ebene stießen sie zunächst in einen begrenzten 'machtfreien Raum'. Die Nazi-Wirtschaftsführer hatten sich abgesetzt oder saßen in den Gefängnissen und Lagern der Alliierten, während die MR noch nicht über die vollständige Kontrolle der Betriebe verfügte.

Allein die Tatsache, daß sich die ersten Aktivitäten der Betriebsräte schon in Auseinandersetzung mit der MR, den Werksleitungen und der städtischen Verwaltung vollzogen, verbieten aber die Annahme, die ökonomische Macht habe zu dieser Zeit "auf der Straße" gelegen. Die Verwendung der Begriffe "machtfreier Raum" und "Machtvakuum" bezieht sich nicht auf die Leitung der Betriebe und die Bestimmung über Produktion und Verteilung, sondern auf die Regenerierung einer Betriebsrätebewegung 'von unten', und auf erste Maßnahmen der Entnazifizierung, der Wiedereingangssetzung der Produktion und der Absicherung sozialer Rechte.

\* Ausgearbeitet von der britischen Landesgruppe Deutscher (Exil-)Gewerkschafter; Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung; London im Frühjahr 1945

Außerdem organisierten die betrieblichen Ausschüsse der Gewerkschaft die Versorgung der Belegschaften mit Nahrungsmitteln, sorgten für die Instandsetzung von Produktionsstätten und Verwaltungsgebäuden und führten Verhandlungen über Lohn- und Arbeitszeitfragen.

### BETRIEBSRAT UND VERTRAUENSLEUTE DER AUGUST-THYSSEN-HÜTTE HAMBORN

Auf der August-Thyssen-Hütte in Hamborn hatte es bereits illegale 'private' Kontakte gegeben, die auch politische Diskussionen und gegenseitige Hilfen im Betrieb eingeschlossen hatten. Mit Kriegsende begannen die ersten Aufräumarbeiten und die Inbetriebnahme einiger Hochöfen und einer Feinbandstraße. Es hatten sich ein provisorischer Vertrauensleutkörper und ein Betriebsrat gebildet, die in Absprache mit dem verbliebenen Direktor Herzog die ersten Aufbauschritte des Werkes in Angriff nahmen. Dieses Mitspracherecht der Belegschaftsvertretung war selbstverständlich, konnte sich jedoch infolge der alliierten Kontrolle nicht auf die Planung der Produktion ausdehnen. Angesichts der sozialen Not der Belegschaft sah sich der Betriebsrat (BR) gezwungen, vor allem die Nahrungsmittelversorgung und Wohnungsbeschaffung in Gang zu bringen.

So zogen die Belegschaftsvertreter mit Erzeugnissen des Werkes 'über Land' und tauschten diese gegen Kartoffeln, Fisch, Rotkohl und Obst ein. Da die ATH als eines der ersten Werke Betonsteine herstellte und die Bauern daran Interesse hatten, wurden insbesondere mit ihnen Kompensationsgeschäfte betrieben. Dieser Produktentausch verlief z.T. über Zwischenhändler auf dem Lande und im Betrieb, so daß die Betriebsräte die Aufgabe hatten, die mit Waggonen eintreffenden Lebensmittel an die Belegschaft zu verteilen.

Die Bauern hingegen konnten in dieser Zeit "ihre Kuhställe mit Teppichen auslegen"<sup>115)</sup>.

In der Frage der Wohnraumbeschaffung war der Betriebsrat nicht minder aktiv. In Zusammenarbeit mit den örtlichen

Aktionsausschüssen und den später eingesetzten Verwaltungsausschüssen wurden die Schuttbeseitigung, die Renovierung beschädigter Häuser und der Bau provisorischer Baracken in Angriff genommen.

Angesichts dieser zeit- und kräfteaubenden Versorgungsarbeit ist es überraschend, daß es auf der ATH bereits ab Mai 1945 ein System der provisorischen Beitragskassierung für den Aufbau der Einheitsgewerkschaft gab, und erste Kontakte zu Kollegen anderer Betriebe sowie zum zentralen Gründungsausschuß.

In der Belegschaft hatten die Betriebsräte und Vertrauensleute ein derart großes Vertrauen, daß es zunächst undenkbar schien, wichtige Entscheidungen ohne sie zu treffen<sup>116)</sup>.

### BETRIEBSRÄTE IN DEN DUISBURGER ZECHENBETRIEBEN

Auf den sechs Duisburger Schachtanlagen verlief der Aufbau prozeß unter anderen Bedingungen. Die britische MR hatte den Bergbau von Kriegsende an unter ihre Kontrolle gestellt und in allen Betrieben Schacht-Offiziere eingesetzt. Zudem bekamen die Belegschaften - vor dem Hintergrund des von den Alliierten beabsichtigten raschen Produktionszuwachses im Bergbau - zusätzliche Verpflogungsrationen zuguteilt. Der Zwang zu Kompensationsgeschäften bestand also nicht in dem Maße wie in den Metall- und anderen Betrieben Duisburgs. Daß sich die Versorgungslage unter der Bedingung der Schwerstarbeit der Bergleute allerdings nicht problemlos darstellte, zeigt die Tatsache, daß die Gewerkschafter der Schachtanlage Neumühl Schlammkohle verkauften, um über das Geld ihre Belegschaft versorgen zu können. Auch von 'Hamsterfahrten' der Betriebsräte in ländliche Gebiete wird erzählt.

Die Machtkonstellation zwischen den ehemaligen Betriebsführern und Steigern einerseits und den sich reorganisierenden Betriebsräten andererseits stellte sich nicht anders dar als in der Eisen- und Stahlindustrie. Die "stark belasteten" NSDAP-Mitglieder wurden verhaftet und vor ein Gericht gestellt, während die "minder belasteten" die Plätze in den Be-

triebsleitungen einnahmen. Für die Betriebsräte war allerdings die Anwesenheit eines Schacht-Offiziers von Beginn an eine besondere Bedingung. Sie konnten nur mit seiner Genehmigung tätig werden - meist wurden sie von ihm eingesetzt bzw. bestätigt - und hatten geringe Einflußmöglichkeiten auf die Leitung der Betriebe. Dank der starken gewerkschaftlichen Tradition im Bergbau und dank der Tatsache, daß die MR die Arbeitskraft der Bergleute für ihre wirtschaftlichen Ziele brauchte, verfügten die Vertrauensleute und Betriebsräte der Schachtanlagen jedoch schnell über ein stabiles Netz gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Die MR genehmigte bereits im Herbst 1945 die Durchführung der ersten ordnungsgemäßen BR-Wahlen für das Ruhrgebiet<sup>117)</sup>.

### DIE ERSTEN MASSNAHMEN DES BETRIEBSRATES AUF DER KUPFERHÜTTE

Auf der Duisburger Kupferhütte, die bis 1945 als Teil des IG-Farben-Konzerns für die Nazis "Musterbetrieb mit goldener Fahne" gewesen war und über ein besonderes Straflager für Zwangsarbeiter und politische Häftlinge verfügt hatte, in dem, wie Heinrich Schmitz berichtet,<sup>118)</sup> viele Insassen ermordet worden waren, mußte die Entnazifizierung der Direktion gründlicher betrieben werden; was jedoch nicht bedeutete, daß die von der MR eingesetzte neue Leitung unbelastet war.

Besonders dem neuen Direktor, Dr. Kuß, sagte man die frühere finanzielle Förderung der SA nach.

Überdies fand die erste Sitzung des provisorischen Betriebsrates noch nach der alten DAF-Ordnung statt. Dies verlief folgendermaßen.

Nazi-Betriebsführer Dr. Wolf war in den ersten Nachkriegsmo-naten noch im Amt und berief die erste Sitzung für den 12. Mai ein, wobei er die teilnehmenden Kollegen aus den einzelnen Abteilungen des Werkes selbst benannt hatte. Die Sitzung fand in Anwesenheit des zuständigen Majors der MR statt, und die benannten Kollegen wurden als Betriebsräte bestätigt, ohne daß sie von der Belegschaft ein Mandat erhalten hatten.

Nachdem der BR seine Arbeit aufgenommen hatte, änderte sich diese Situation. Auf Druck der Betriebsräte und Gewerkschafter mußte die MR Dr. Wolf und zwei weitere Direktoren entlassen, während Dr. Kuß an Wolfs Stelle rückte. Dieses Ereignis deutet darauf hin, daß Dr. Wolf, obgleich noch nach der alten DAF-Ordnung handelnd, bereits gezwungen war, antifaschistisch gesinnte Kräfte in den provisorischen BR zu berufen. Dieser bestand aus ehemaligen sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Gewerkschaftsfunktionären<sup>119)</sup>.

### DIE MACHT DES BETRIEBSRATES BEI DER DEMAG AG

Im Duisburger Betrieb der Demag AG, bis 1945 Teil der Rüstungs- und Kriegsproduktion des NS-Regimes, hatte sich der erste BR gleich nach Einstellung der Kriegshandlungen selbst ernannt, er wurde wenige Wochen darauf von der Belegschaft bestätigt. Er bestand aus 20 Kollegen, die angesichts der engen Verbindung der Werksdirektoren mit der NS-Macht zunächst über relativ großen Einfluß verfügten. Dieser reichte so weit, daß der ehemalige Generaldirektor der Demag, Dr. Reuter, sich Anfang 1946 gezwungen sah, den Betriebsratsvorsitzenden um seine Wiedereinstellung zu bitten. Nachdem eine Konferenz der zuständigen Betriebsräte Reuters Antrag abgelehnt hatte, setzte die MR ihn allerdings Ende 1946 erneut als Direktor ein.

Hinsichtlich des Aufbaus einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation zeigte die Arbeit des BR frühzeitige Resultate. In der 2. Hälfte des Jahres 1945 war bei der Demag ein sprunghafter Anstieg der gewerkschaftlichen Beitrittserklärungen zu verzeichnen, so daß bis Ende 1945 etwa 3/4 der Belegschaft organisiert war. Anfang 1946 sprach sich eine Belegschaftsversammlung für den Aufbau einer zentralen Einheitengewerkschaft aus<sup>120)</sup>.

### AUF DER NIEDERRHEINISCHEN SCHIFFSWERFT WIRD DIE EINSETZUNG DES BETRIEBSRATES ERZWUNGEN

Einen besonderen Einblick in die Machtkonstellation der politischen und sozialen Kräfte kurz nach Kriegsende vermittelt der Verlauf auf der Niederrheinischen Schiffswerft. In einem vertraulichen Schreiben an OB Weitz vom 25.5.1945 schilderte der Geschäftsführer entsetzt, die Belegschaft noch im nazistischen Sinne als "Gefolgschaft" bezeichnend, wie am 18. Mai der kommunistische Gewerkschafter Rudolf Bondzio im Auftrage der "Antifaschistischen Einheitsfront, Untergruppe Gewerkschaftsbund" auf der Werft erschienen war und eine Belegschaftsversammlung einberufen hatte, auf der ein vorläufiger Betriebsrat per Akklamation gewählt worden war.

Als Aufgaben dieser provisorischen Betriebsvertretung waren festgelegt worden: die Entnazifizierung des Betriebes, die Sicherstellung der DAF-Gelder und die Ausschreibung einer BR-Wahl. Bondzio hatte sich in seinem Vorgehen auf eine Rundfunkansprache General Eisenhowers berufen, in der dieser die Wahl vorläufiger Betriebsräte angekündigt hatte<sup>121)</sup>. In einem Antwortschreiben weist OB Weitz darauf hin, daß zwar entsprechend der "Rechtslage" eine Betriebsratswahl nicht erlaubt, es in diesem Falle jedoch "zweckmäßig" sei, "nach taktischen Gesichtspunkten" zu entscheiden, weil "eine Vertretung der Arbeiter notwendig" sei. Zudem empfahl Weitz dem Geschäftsführer der Schiffswerft, sich zur Beratung an den Wirtschaftsausschuß für Handel und Industrie zu wenden<sup>122)</sup>.

## DIE EINGRIFFE DER MR UND DIE BEDEUTUNG DER EINHEITSGEWERKSCHAFT FÜR DIE BETRIEBSRÄTE

Wie am Anfang dieses Kapitels angedeutet, konnte die organisatorische Macht der Betriebsräte nur in geringem Maße institutionell umgesetzt werden. Sie stützte sich wesentlich auf das Vertrauen, das ihnen die Belegschaften entgegenbrachten, wie auf die politische und moralische Diskreditierung der alten Direktionen und Werksleitungen und auf die allgemeine Verunsicherung des Bürgertums.

Der gewerkschaftliche Einfluß auf Personal- und Leitungsfragen der Betriebe blieb somit gering, konnte jedoch in den ersten Monaten einige Erfolge bei der Entnazifizierung erzielen; so neben den genannten Fällen z.B. im Mannesmann-Werk Huckingen<sup>123)</sup> und im Eisenwerk Meiderich<sup>124)</sup>.

Da die maßgebenden Anordnungen der MR im Gegensatz standen zu den gewerkschaftlichen Konzepten einer Betriebsräte-Bewegung\*, erhöhte sich die Notwendigkeit der Reorganisation einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, um auf diesem Weg weiterzukommen.

Im gesamten Duisburger Raum hatten die BR bereits in den ersten Nachkriegswochen ihren spontanen Charakter verändert, nahmen überbetrieblichen Kontakt auf und waren ab Mitte Mai in die planmäßige Aufbauarbeit der Duisburger Einheitsgewerkschaft eingebunden. Von diesem Zeitpunkt an gab es eine enge Verbindung ihrer betrieblichen Interessenvertretung mit der Arbeit des zentralen Gründungsausschusses. Sie machte sich nicht nur an der gewerkschaftlichen Arbeit der Betriebsob-

\* Verbot der Entnazifizierung der Werksleitungen durch die Betriebsräte, Ausgrenzung von Lohn- und Arbeitszeitfragen aus dem Aufgabenbereich der Betriebsräte, Verbot jeglicher Mitbestimmung und Reduzierung der Aufgabenstellung auf beratende Tätigkeiten. - Vgl. Pietsch, H.; a.a.O.; S. 102 ff. - Industrial Relations in Germany 1945 - 1949, London 1950, S. 32, nach: Schmidt, E.; a.a.O.; S. 29

leute fest, sondern auch an der Unterstützungsarbeit des Gründungsausschusses für die Arbeit der Betriebsräte<sup>125)</sup>.

Im Herbst 1945 richtete die Einheitsgewerkschaft regelmäßige Betriebsräte-Konferenzen ein, zu denen sich alle Betriebsräte einmal im Monat und die Betriebsrats-Vorsitzenden alle 14 Tage trafen. Im Verlaufe dieser Konferenzen, die sich in den Jahren 1946/47 fortsetzten, wurden Entschließungen zu Fragen der sozialen Not und der gesellschaftlichen Neuordnung gefaßt, die im Kern der am 14. November 1945 beschlossenen Resolution der Bergbaubetriebsräte des Ruhrgebietes entsprach\*. Allerdings zeigten die im Vergleich zum Bergbau sich verzögernden Betriebsrätewahlen in den Duisburger Eisen- und Stahlbetrieben neue Behinderungen an. In einer Anordnung vom 5. Dezember 1945 wies die MR darauf hin, daß Betriebsräte ohne "schriftliche Einwilligung der MR" nicht gebildet werden dürfen, und selbst diese bis zur "regulären" Aufstellung der Gewerkschaften lediglich die Funktion von "Sprechern" wahrnehmen können. Das Verbot von innerbetrieblichen Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit wurde erneut hervorgehoben<sup>126)</sup>.

Am 18. Januar folgte eine von der German Coal Mining Supply Agency herausgegebene Anweisung, die ausdrücklich gegen die Forderungen der Bergbau-Gewerkschafter vom 14. November 1945 gerichtet war<sup>127)</sup>.

Alles in allem befanden sich zwar die Betriebe der Grundstoffindustrien noch nicht wieder in der Verfügungsgewalt ihrer alten Eigentümer, die Kompetenzen der BR erreichten

\* "Die Bergleute wissen, daß der Bergbauverein, die Thyssen, Klöckner, Krupp und alle Aktionäre die Geldgeber der NSDAP waren. Die Bergleute wissen, daß die deutschen Grubenbarone zwei Kriege vorbereitet und geführt haben. Die deutschen Kohlenbarone sind Kriegsverbrecher. Um einen neuen Krieg zu verhindern, verlangen die Bergleute eine Überführung der Schachtanlagen in die Hände der Provinzialregierung ...". In: Dokumente und Materialien der deutschen Arbeiterbewegung; a.a.O.; S. 267

jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht den Einfluß, über den die neu eingesetzte Managementschicht, die sog. 'zweite Garnitur', bis 1945 verfügte. So boten sich auch auf betrieblicher Ebene schon die Keimformen der zukünftigen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse dar. Das positive Resümee über die Reorganisierung der Betriebsräte bezog sich insbesondere auf das gegen die Vorstellungen der MR durchgesetzte System von Räten, das an die deutsche Betriebsrätetradition anknüpfte und mit dem Kontrollrats-Gesetz Nr. 22 vom April 1946 die gesetzliche Grundlage erhielt.

Überdies prägte die Arbeit der Betriebsräte im Jahre 1945 die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen der Jahre 1946/47.

#### 4. DIE INTERESSENVERTRETUNG DER GEWERKSCHAFT UND DER ANTIFASCHISMUS

Im Frühjahr 1945 hatte es in den "Londoner Programmvorschlügen" geheißen: "Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist mehr als nur die Zusammenfassung der früher getrennt marschierenden Teile der deutschen Arbeiterbewegung". Auf der Grundlage des gemeinsamen Willens "zur demokratischen Erneuerung" sollten die Gewerkschaften für eine neue deutsche Gewerkschaftsbewegung, "einer der stärksten Grundpfeiler einer lebendigen deutschen Demokratie werden" (128).

Deshalb verbinde sie, so die Vorschläge weiter, mit allen sozialistischen und demokratischen Parteien die gleiche Zielsetzung:

"Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung" (129).

Hierzu müsse die "... in Handel und Industrie ... den demokratischen und friedlichen Aufbau gefährdende Willkürherrschaft der Privatmonopole gebrochen werden" (130).

Nach der Kapitulation des NS-Regimes stießen die "Londoner Programmvorschlügen" auf eine gesellschaftliche Realität, in der die Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft einen großen Raum einnahm. Neben den programmatisch aufgearbeiteten Erfahrungen kam der sozialen Not-situation eine wesentliche Bedeutung für die Herausbildung des gewerkschaftlichen Bewußtseins zu. Auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Forderungen der Gewerkschaften wirkte sich dies entsprechend aus.

Aus der unmittelbaren Interessenvertretung ergaben sich spontane Einzelforderungen an die MR und die deutschen Verwaltungsstellen, die zunächst selten mit wirtschaftsdemokratischen Vorschlägen verknüpft waren. Aussagen über eine neue Gesellschaftsordnung blieben meist allgemein ("demokratische Wirtschaft" etc.) oder fehlten ganz. Hierbei dürfte neben der bedrückenden und individualisierenden sozialen Not der neutralisierenden Wirkung der britischen Besatzungsherrschaft wesentliche Bedeutung zukommen, da diese die Bedeutung des kapitalistischen Eigentums verdeckte, infolgedessen die Notwendigkeit seiner Aufhebung verschleierte und eine direkte Konfrontation mit seinen Repräsentanten selten aufkommen ließ.

Deshalb ist Pietsch zuzustimmen, wenn er über die Duisburger Gewerkschaftsbewegung schreibt: Als "Nahperspektive hat man die Sicherung der unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterschaft gesehen sowie die Wiedererrichtung der Organisation" (131).

Bedenklich erscheint es, wenn Pietsch die im 1. Rundschreiben des Gründungsausschusses vorgenommene gewerkschaftliche Funktionsbestimmung als "Instrument für die Abwehr der Unternehmerwillkür" zum Anlaß für die These nimmt, die Diskussion weise "insgesamt nicht darauf (hin), daß den Duisburger Gewerkschaftern das kapitalistische Produktionssystem zur Disposition zu stehen schien" (132).

Es ist zwar richtig, daß weder die Rundschreiben des Gründungsausschusses noch das Protokoll der Gründungsversammlung

entsprechende Passagen enthalten, aber angesichts der politischen Macht der MR und ihrer ausgefeilten Lizenzierungs- und Kontrollverfahren ist es verkürzt, diese zum Ausgangspunkt für entscheidende Schlußfolgerungen zu nehmen.

Bereits in der Einleitung der im Januar 1947 erschienenen Dokumentation über die Entstehung der Duisburger Einheitsgewerkschaft, in der die angesprochenen Dokumente enthalten sind, schreibt Gustav Sander:

"Immer müssen unsere Vertrauensleute auf die verbrecherische Vergangenheit der Nazis hinweisen und immer wieder betonen, daß auch das jetzige Elend nur eine Folge des verbrecherischen Nazi-Systems ist. Wenn jeder Funktionär und jeder Gewerkschaftskollege diese Aufgabe erfüllt, dann wird das große Kampfinstrument der Arbeitnehmerschaft, die Gewerkschaft, auch in der Lage sein, allen Hindernissen zum Trotz die Befreiung der schaffenden Menschen vom kapitalistischen Joch durchzuführen" (133).

Hier wird ein besonderer Begründungszusammenhang sichtbar. Der Kampf um die Beseitigung der Ursachen von Faschismus und Militarismus sollte sich im Kern gegen kapitalistische Machtpositionen richten.

Oskar Triebel, Mitglied des Leitungskomitees der Einheitsgewerkschaft, brachte diesen Gedanken bereits im Laufe der ersten Stadtverordnetenversammlung am 6. Juli 1945 zum Ausdruck:

"Sie (die Nazi-Führer, d. Verf.) haben ihre Rolle nur spielen können, weil hinter ihnen gestanden hat ein einflußreicher und finanzkräftiger Interessenkreis, der diese einmalige Ausgabe ... gewissenloser und skrupelloser Elemente auf ihren Schild gehoben hat. Wenn ich aus unserem Gebiet zwei Namen herausgreife, Kirdorf und Thyssen, dann ist der Kreis damit in unserem Gebiet nicht erschöpft. Aber ich will dabei nur erinnern, daß auch im übrigen Deutschland namhafte Männer der Wirtschaft ihren Geldschrank weit geöffnet hatten und damit diesen Leuten zur Macht verhelfen konnten ... Hitler war und sollte sein der Schrittmacher dieser Wirtschaft ... Und nun sind wir durch Hitlers Schuld, durch die Mitschuld dieser Industriellen zu einem Bankrott gelangt

... die so viel gepriesene Unternehmerinitiative bleibt aus" (134).

Triebels Einschätzung, von allen Strömungen innerhalb der Duisburger Einheitsgewerkschaft geteilt (135), zog gemeinsame Konsequenzen nach sich. Der antifaschistische und demokratische Kampf stand im Mittelpunkt der Gewerkschaftspolitik, womit sich der Bezug zu den "Londoner Programmvorschlägen" wieder herstellte.

Während in der Wahrnehmung der unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiterschaft die Verbindung zu wirtschaftsdemokratischen Einzelforderungen und sozialistischen Alternativen zunächst wenig hergestellt wurde, gewann der Kampf um die Ausrottung von Faschismus und Militarismus mit seiner Entfaltung notwendig einen antikapitalistischen Charakter. Er vermittelte sich über den in der Arbeiterschaft verbreiteten Willen zu gründlicher Entnazifizierung der Betriebsleitungen und öffentlichen Verwaltungsstellen, setzte sich fort in der angestrebten Besetzung betrieblicher und politischer Schlüsselpositionen mit Antifaschisten und Gewerkschaftern, eröffnete so einem großen Teil der Belegschaften Zugang zu wirtschaftsdemokratischen Sofortforderungen und sozialistischen Perspektiven, und schuf über diesen Weg eine wesentliche Voraussetzung für die Einsicht in die Notwendigkeit neuer sozial-ökonomischer und politischer Verhältnisse.

Den Verlauf dieses Prozesses mit dem Hinweis abtun zu wollen, die Frage der Entnazifizierung habe im Interesse aller Schichten gelegen, sich also gleichsam über die sozialstrukturellen Klassenverhältnisse erhoben und deshalb mit gesellschaftlicher Neuordnung wenig zu tun, verbietet sich schon wegen der teils engen, teils lockeren Verbindung großer Teile des Duisburger Bürgertums mit der nationalsozialistischen Bewegung. So war es kein Zufall, wenn der ehemalige Duisburger OB Jarres, wie die meisten Unternehmervertreter und OB Weitz als preußisch-konservativer Beamter von Beginn an andere Vorstellungen mit der Entnazifizierung verbanden als die Vertreter der Duisburger Arbeiterschaft.

## Wir blieben Zeugen für Wahrheit und Recht

Einweihung eines Ehrenmals auf dem Waldfriedhof für die Opfer des Faschismus

Unter großer Anteilnahme fand am Sonntag in Duisburg die Trauerfeier für die Opfer des Faschismus statt. Im Rathaus waren die sterblichen Überreste ermordeter Duisburger in 13 Urnen aufgebahrt. Im feierlichen Zuge wurden die Urnen durch die Stadt zum Waldfriedhof gebracht, wo sie in einem Ehrenhain beigesetzt wurden. Im Mittelpunkt der Trauerfeier, welche die Angehörigen, zahlreiche Kranzabordnungen und die Vertreter der zugelassenen Parteien, der Vereinigung der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen, der Antifa, der Gewerkschaften und auch eine Abordnung des vorbereitenden Komitees der SED vereinte, stand die Einweihung eines Ehrenmals durch den Beauftragten der VVN., Paul Salemka. Der Redner schilderte den Kampf der Antifaschisten gegen das Naziregime, gegen die Reaktion, die Krieg und Zerstörung im Gefolge hatte. Von den heutigen Opfern des Faschismus sei dieser Irrweg damals klar erkannt worden. Salemka lenkte die Gedanken der Trauergemeinde hin zu einigen Duisburgern, die in der vordersten Reihe dieser Kämpfer gegen den Faschismus gestanden haben. Er nannte Matthias Tesen, die ermordeten Gewerkschaftssekretäre Schlösser, Birk, Rodenstock und Rentmeister, widmete dem im KZ. verstorbenen Arbeitersekretär Könzgen herzliche Worte des Nachrufs und nannte die Zahl von 140 Duisburgern, die den Märtyrertod für ihre Überzeugung erlitten hätten.

„Wir stehen tief in eurer Schuld. Das Werk, das ihr im KZ. begonnen habt, wird von uns fortgesetzt. Dieser Platz soll uns heilig sein. Wenn wir verzagen wollen, dann gehen wir hin zu dieser Stätte, in der ihr jetzt ruht und holen uns die Kraft zur Vollendung des Werkes, das ihr begonnen habt. Ihr bleibt leben über Generationen hinweg als die Märtyrer des deutschen Volkes!“ Anschließend enthüllte Salemka das Ehrenmal, das an der Stirnseite die Inschrift trägt: „Wir blieben die Zeugen für Wahrheit und Recht! Wir rufen und mahnen der Zukunft Geschlecht! Gedenket der Opfer des Faschismus 1933–1945.“

Nach Liedvorträgen des Volkshores Duisburg sprach Oberbürgermeister Dr. Storm, der den Toten den Gruß der Heimatstadt nachrief. Er sprach trostreiche Worte für die Angehörigen, die mit schlichten Blumensträußen im Trauerkleide vor dem Ehrenmal standen und sprach von seinem Bruder, an dessen Urne er vor fünf Jahren ebenfalls gestanden habe, als dieser im KZ. gestorben war. Diese Gräber verlangen nicht nach Rache, sondern nach Ehrfurcht vor dem Leben des Nächsten.

Als Vertreter der evangelischen Kirche schilderte in einer ausführlichen Ansprache Pastor Schmidt (Wesel) den Leidensweg der Opfer des Faschismus. Er lenkte die Gedanken zurück in die Konzentrationslager, durch die auch er gegangen sei. Er schloß mit den Worten: „Der Tod legt unsere Hände ineinander!“ Pfarrer Schwering mahnte angesichts der Toten als Vertreter der katholischen Kirche die Überlebenden zur Eintacht, Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Wahrheit. Aus dem Opfertod jener aufrechten Kämpfer für ihre Überzeugung solle uns die Kraft erwachsen, den Weg aus der Not der Gegenwart in eine hellere Zukunft zu finden.

Der aus rassistischen Gründen Ermordeten gedachte Hauptschriftleiter Noé. Ihrer ehrend gedenkend dürfe man glauben, daß ihr Tod doch nicht sinnlos, sondern ein wertvoller Beitrag zu jenem Frieden war, dem unser ganzes Sinnen und Trachten gelte. In das Gedenken an diese rassistisch Verfolgten wolle man alle die Millionen einschließen, die schuldlos Opfer des Naziregimes wurden. Der Kreisvorsitzende der CDU., Rechtsanwalt Exzel, sprach von dem Ungeist jener Zeit. Der Tod dieser Kämpfer sei uns heilige Verpflichtung, diesen Ungeist niemals wieder aufkommen zu lassen. Bürgermeister Stahl sprach für die SPD., Walter Skutarek für die KPD., Rechtsanwalt Warczak für die Deutsche Zentrumspartei, Landesvorsitzender Maaß für die FDP., Falkenstein für das vorbereitende Komitee der SED., Terjung für die Antifa, Alfred Metz für die Gewerkschaften, Bachler für die FDJ, und Altenhoff für die VVN. Am Ehrenmal wurden zahlreiche Kränze niedergelegt, die auch die Grabstätten der Toten schmückten. Mit dem Trauermarsch von Chopin klang die Trauerfeier aus.

Auf schlichten Holzkreuzen aber mahnen zu beiden Seiten des Ehrenmals im stillen Ehrenhain des Waldfriedhofes die Namen Schüpp, Lücke, Geschie, Luster, Herzberg, Prust, Scheuken, Ulrich, Gusenda, Hill, Kiebel, Edelkraut und Marks die Lebenden an das Opfer, das die Träger dieser Namen für ihre Überzeugung im Kampf gegen den Faschismus brachten.

### Abb. 11



Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Willi Stock vor dem Ehrenmal für die Duisburger Opfer des Faschismus auf dem Waldfriedhof.

### Abb. 12



13 Urnen von Duisburger KZ-Opfern werden am 14. September 1947 nach Ihrer Aufbarung im Duisburger Rathaus zum Leichenwagen getragen. Der Duisburger Polizeipräsident salutiert den Opfern.

### Abb. 13



Trauerzug zur Beisetzung der Urnen der KZ-Opfer vom Duisburger Rathaus zum Waldfriedhof in Buchholz am 14. September 1947.